

PROTOKOLL

über die 26. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 21. März 2019, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Gerald Hackl als Vorsitzender

VIZEBÜRGERMEISTER:

Wilhelm Hauser
Dr. Helmut Zöttl
Ingrid Weixlberger

STADTRÄTE:

Dr. Michael Schodermayr
MR Dr. Mario Ritter
KommR Gunter Mayrhofer –
(ohne GR-Mandat)
Mag. Reinhard Kaufmann

GEMEINDERÄTE:

Rudolf Blasi
Anna-Maria Demmelmayr, MA
Helga Feller-Höllner (ab 14.03)
MMag. Michaela Frech
Pit Freisais
Michaela Greinöcker
Rosa Hieß
Ing. Franz-Michael Hingerl
Thomas Kaliba
Evelyn Kattnigg, BA (FH) (ab 14.05)
David König
Lukas Kronberger
Maria Lindinger, MAS, MSc
Natascha Payrleithner
Uwe Pichler
Mag. Kurt Prack
Florian Schauer

Birgit Schörkhuber, BEd
Rudolf Schröder
Ing. Thomas Schurz, MSc
Mag. Erwin Schuster
Dr. Markus Spöck, MBA
Arno Thummerer
Ursula Voglsam
Anneliese Zimmermann
Ing. Wolfgang Zöttl, BEd

VOM AMT:

Dr. Kurt Schmidl
Dr. Martina Kolar-Starzer
Dr. Manfred Hübsch
Mag. Helmut Lemmerer
Mag. Dr. Hansjörg Rangger
Mag. Helmut Golda

Dr. Michael Chvatal
Thomas Schwingshackl

PROTOKOLLFÜHRER:

Dr. Kurt Schmidl
Michaela Minixhofer

Entschuldigt:

Josef Holzer
Heidmarie Kloiber
Silvia Thurner

Die ordnungsgemäße Einladung erfolgte gemäß § 18 (1a) GOGR.

VERHANDLUNGSABLAUF:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG;
FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES gem. § 54 Abs. 3 StS (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt.)
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

INHALTSVERZEICHNIS:

1)	Fin-105/18	Shaolin Tempel Steyr – Übersiedelung und Sanierung neues Trainingszentrum in der Damberggasse 2.....	15
2)	Präs-318/10	Ehrenzeichenrichtlinien 2010; Änderung.....	17
3)	VerkR-214/14	Oö. Nah- und Regionalverkehrs-Finanzierungsgesetz; Kostenbeitrag der Stadt Steyr für verbundbedingte Leistungen für das Jahr 2019.....	18
4)	Fin-120/18	Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2018 in das Finanzjahr 2019.....	18
5)	Fin-56/19	„Steyr lebt!“ – Wirtschaftsverein zur Kaufkraftstärkung, Stadtplatz, 4400 Steyr, Förderung 2019.....	19
6)	Fin-125/10	Bedarfszuweisungsmittel für das Museum Arbeitswelt; Weiterleitung.....	20
7)	FW-1/19	Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.....	21
8)	SBS-3/19	Freizeitbetriebe Steyr; Preisanpassung für 2019 bzw. Saison 2019/2020.....	22
9)	GHJ2-30/18	Sanierung der Duschen – 2. Etappe, Sportanlage Rennbahn.....	23
10)	GHJ2-30/19	Errichtung einer öffentlichen WC Anlage im Rathaus, Stadtplatz 25.....	24
11)	GHJ2-4/18	Zweite Etappe vorbeugender baulicher Brandschutz Volksschule Promenade.....	27
12)	GHJ2-17/18	Zweite Etappe vorbeugender baulicher Brandschutz NMS und NMMS Promenade.....	29
13)	GHJ2-53/17	„Stadtplatz neu“ – Vergabe von Leistungen für den Bereich Grünmarkt	30
14)	BauStrP-2/19	Asphaltierungsprogramm 2019.....	56
15)	Schu-19/18	Berufsschulen Schulerhaltungsbeiträge.....	58
16)	Fin-234/07	Tourismusverband Steyr – Jahresförderung 2019.....	59
17)	Pol-42/19	Aufhebung der Markttarifordnung 2001 der Stadt Steyr.....	60
18)	Fin-228/18	APS Steyr – Investitionskostenzuschuss 2019.....	61

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

- 1) Fin-105/18 Shaolin Tempel Steyr – Übersiedelung und Sanierung neues Trainingszentrum in der Damberggasse 2.
- 2) Präs-318/10 Ehrenzeichenrichtlinien 2010; Änderung.
- 3) VerkR-214/14 Oö. Nah- und Regionalverkehrs-Finanzierungsgesetz; Kostenbeitrag der Stadt Steyr für verbundbedingte Leistungen für das Jahr 2019.
- 4) Fin-120/18 Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2018 in das Finanzjahr 2019.
- 5) Fin-56/19 „Steyr lebt!“ – Wirtschaftsverein zur Kaufkraftstärkung, Stadtplatz, 4400 Steyr, Förderung 2019.
- 6) Fin-125/10 Bedarfszuweisungsmittel für das Museum Arbeitswelt; Weiterleitung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

- 7) FW-1/19 Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.
- 8) SBS-3/19 Freizeitbetriebe Steyr; Preisanpassung für 2019 bzw. Saison 2019/2020.
- 9) GHJ2-30/18 Sanierung der Duschen – 2. Etappe, Sportanlage Rennbahn.
- 10) GHJ2-30/19 Errichtung einer öffentlichen WC Anlage im Rathaus, Stadtplatz 25.
- 11) GHJ2-4/18 Zweite Etappe vorbeugender baulicher Brandschutz Volksschule Promenade.
- 12) GHJ2-17/18 Zweite Etappe vorbeugender baulicher Brandschutz NMS und NMMS Promenade.
- 13) GHJ2-53/17 „Stadtplatz neu“ – Vergabe von Leistungen für den Bereich Grünmarkt.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

- 14) BauStrP-2/19 Asphaltierungsprogramm 2019.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

- 15) Schu-19/18 Berufsschulen Schulerhaltungsbeiträge.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MEDR DR. MARIO RITTER:

- 16) Fin-234/07 Tourismusverband Steyr – Jahresförderung 2019.
17) Pol-42/19 Aufhebung der Markttarifordnung 2001 der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

- 18) Fin-228/18 APS Steyr – Investitionskostenzuschuss 2019.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Pkt. 1) BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER:

Als Protokollprüfer wurden bestellt: GR Thomas Kaliba
GR Pit Freisais

ERÖFFNUNG DER SITZUNG:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich darf sie pünktlich zur Gemeinderatssitzung begrüßen, darf feststellen, dass wir ordnungsgemäß diese Sitzung einberufen haben, dass wir beschlussfähig sind. Als Protokollprüfer wurden und sind die Gemeinderäte Thomas Kaliba und Pit Freisais vorgesehen. Entschuldigt haben sich oder haben sich müssen die Frau Gemeinderätin Kloiber, die Gemeinderätin Thurner, der Gemeinderat Josef Holzer und zwei Damen die vielleicht noch etwas später kommen, das sind Gemeinderätin Feller-Höllner und die Gemeinderätin Evelyn Kattnigg.

Zu Pkt. 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Es gibt eine Anfrage der Grünen. Die Grünen haben mit Schreiben vom 6. März 2019 eine Anfrage gestellt, betreffend das Budget West-Spange eingebracht, welche ich zuständigkeitshalber dem Herrn Vbgm. Dr. Zöttl als Ressortverantwortlichen zur Beantwortung übergeben habe und ich darf dich ersuchen, diese Frage jetzt zu verlesen und zu beantworten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich darf die Frage kurz vorlesen:

Im Budget für 2019 sind 50.000 Euro für die Westspange vorgesehen. Ich bitte im Namen der GRÜNEN Steyr folgende Fragen zu beantworten:

Frage 1:

Woraus ergibt sich diese Summe und wofür ist sie im Detail vorgesehen?

Basis für die Budgetanmeldung ist die Vereinbarung mit dem Land OÖ, mit dem Vertrag der mit LH-Stv. Dr. Franz Hiesl und dem Bürgermeister der Stadt Steyr im Jahr 2010, am 22.11., abgeschlossen wurde, wo vorgesehen ist, dass ein 10%iger Kostenanteil von der Stadt für die Westspange zu entrichten ist. Ist für die Planungsarbeit und Vorbereitungsarbeiten laut Fortschritt des Landes OÖ ebenso vorgesehen. Es handelt sich um eine Schätzung, sollten zum Beispiel in diesem Jahr bereits Grundeinlösen zu bezahlen sein, wird dieser Beitrag nicht ausreichen.

Frage 2:

Ist geplant, in den kommenden Jahren weiteres Geld für die Westspange vorzusehen?

Ja, wenn nach Planungs- und Baufortschritt weitere Mittel erforderlich sind.

Frage 3:

Wenn ja, in welcher Höhe und wofür?

Bis zum Bauende vermutlich bis zu 4 Mio. EURO für Planungen, Vorbereitungsarbeiten, Ausschreibungen, Grundeinlösen zu entrichten.

Frage 4:

Sind bereits Rechnungen eingegangen?

Ja, in Summe 41.

Wenn ja, in welcher Höhe und wofür?

Seit Beginn der Planungsvergabe durch die Stadt an das Büro Spirk und Partner im Jahr 2008 sind bisher Rechnungen in der Höhe von 138.813,86 Euro bezahlt worden, insbesondere für die Verkehrsplanungen. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Somit ist diese Frage beantwortet. Mir liegt noch eine Anfrage vor. Und zwar...

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Zusatzfrage?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Eigentlich nicht, aber bitte.

GEMEINDERAT KURT PRACK:

Werter Gemeinderat, liebe Gäste, sind deutlich weniger geworden. Meine Frage bezieht sich auf zwei Tatsachen. Die eine ist, dass das Land Oberösterreich in seiner Planung bis 2022 keine Summen vorgesehen hat. Diese Mittelfristplanung, oder wie das auch immer heißen mag, habe ich zu Hause liegen. Da ist für die Westspange kein Geld reserviert. Das Zweite ist, momentan läuft beim Verwaltungsgericht ein Verfahren, wo die UVP-Pflichtigkeit noch einmal Thema ist und ich möchte wissen, warum wir Geld im Budget haben, wenn das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, das doch immerhin auch so ausgehen könnte, dass eine UVP-Pflicht kommt. Und eine UVP wissen wir, kann so oder so ausgehen. Es kann auch herauskommen, dass diese Straße nicht gebaut werden kann, aber wir geben schon fleißig Geld dafür aus. Das würde mich interessieren, wie das zusammenpasst. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mittelfristplanung, wie das Wort schon sagt, ist eine mittelfristige Planung, die sich von Jahr zu Jahr ändern kann. Wir gehen nach wie vor davon aus, und das ist auch das Agreement mit dem zuständigen Landesrat, dass am Tag X, wenn alle Verfahren abgeschlossen sind, Geld auch dafür vorhanden ist. Das ist ein Landesbauprojekt und hat auch im Land eine Priorität. Und aus dem Grund werden auch die Mittel vorgesehen. Was diese Beeinspruchung des UVP-Bescheides oder des Bescheides dass kein UVP notwendig ist betrifft, das ist fast in jedem Straßenbauprojekt so, deshalb keine Mittel zu dotieren ist ja eher grotesk. Das ginge gar nicht. Unabhängig davon heißt es ja, würde es ja, wenn wir beim Konjunktiv bleiben, nicht heißen, wenn ein UVP tatsächlich vorgeschrieben werden würde oder müsste, dann heißt das noch lange nicht, dass das Projekt nicht stattfindet, sondern ganz im Gegenteil. Das ist die Antwort. Das Projekt ist auf Schiene, das Projekt wurde genehmigt, es wurde festgestellt von den Experten, von den Sachverständigen, dass kein UVP notwendig ist und die Bürgerrechte machen es möglich, dass dagegen Einspruch erhoben wurde und die Gerichte werden das entscheiden. So, wir kommen zur Anfrage der FPÖ. Die FPÖ Steyr hat mit Schreiben vom 14. März folgende Anfrage betreffend „Verhinderung von politischen Agitationen durch Einrichtungen, die mit Steuergeldern gefördert werden“ eingebracht, die habe ich zuständigkeitshalber, weil das neue Jugendzentrum da involviert oder zumindest angesprochen wurde, an die Frau Vizebürgermeisterin Weixberger abgetreten und ich darf dich um Beantwortung der Frage ersuchen und auch die Frage vorzulesen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXBERGER:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die FPÖ kritisiert seit längerem, dass in Einrichtungen, die mit städtischem Steuergeld subventioniert werden, tendenziell Politik primär gegen die FPÖ und neuerdings auch gegen die Türkis-Blaue Bundesregierung gemacht wird (z.B. MAW, Kulturverein Röda...).

Jetzt ist festzustellen, dass im neuen niederschweligen städtischen JUZ in der Damberggasse, das ebenfalls mit viel Steuergeld von der Stadt Steyr subventioniert wird, im Schaukasten Werbung für die „Donnerstags-Demos“ gegen die Regierung gemacht wird. Erneut also ein Beweis für eine tendenzielle politische Agitation in einer Einrichtung, die mit Steuergeldern von der Stadt gefördert werden.

Frage:

Was gedenkt der Bürgermeister bzw. der zuständige Referent zu unternehmen, damit in Zukunft verhindert werden kann, dass in Einrichtungen, die von der Stadt Steyr mit Steuergeldern gefördert werden, tendenziell politische Agitationen vor allem gegen die Bundesregierung gerichtet vorgenommen werden?“

Zu dieser Anfrage wegen einer Schaukastenwerbung kann ich Folgendes mitteilen:

Im Jugendzentrum befindet sich kein Schaukasten und für das Jugendzentrum wurde auch kein Schaukasten angemietet. An der Hauswand des Objektes Damberggasse 2 – 4 ist ein Schaukasten montiert, in dem Informationsmaterial über eine Demonstration unter dem Titel „uns reicht's“ enthalten ist. Dieser Schaukasten ist nicht im Eigentum der Stadt Steyr und wird auch nicht vom Jugendzentrum genützt. Dieser Schaukasten befindet sich auch außerhalb des von der Stadt für das Jugendzentrum angemieteten Bereiches. Der Schaukasten gehört dem Hauseigentümer, Herrn Berthold Tempelmayr, der auch die dahinterliegenden Räume als Lagerfläche nutzt. Im neuen Jugendzentrum werden alle Themen, die von den Jugendlichen an die BetreuerInnen herangetragen werden, behandelt und besprochen. Politische Themen waren bisher noch kein Thema. Jedenfalls erfolgt in keiner Weise eine tendenzielle Einflussnahme auf die Jugendlichen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke für die Beantwortung. Darf noch dazusagen, ich habe das, wie die erste Anfrage da war, im Stadtsenat schon berichtet, dass dieser Schaukasten nicht zum Jugendzentrum gehört. Aber ich glaube der Form halber haben wir das auch jetzt noch einmal klar in der Öffentlichkeit beantwortet. Ist auch nicht Aufgabe des Jugendzentrums Politik in welche Richtung auch immer zu machen. Bitte Arno, du bist am Wort.

GEMEINDERAT ARNO THUMMERER:

Wertes Präsidium, lieber Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es hat ein Gespräch gegeben zwischen dem Herrn Bürgermeister und dem Herrn Vizebürgermeister Dr. Zöttl. Du warst ja auch nicht ganz einverstanden mit den Plakaten in dem Schaukasten.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das hat mit dem Jugendzentrum gar nichts zu tun.

GEMEINDERAT ARNO THUMMERER:

Man sieht es eh, ich glaube es weiß eh mittlerweile jeder, weil ein Besuch da war. Weil wir schon der Meinung sind, wenn solche Schaukästen auf einer Gemeindehausmauer, wo ein öffentliches Institut drinnen ist, welches wir finanzieren, dass man sehr wohl mit dem Hausbesitzer ein Gespräch führen müsste.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Wie gesagt, auf den Hausbesitzer haben wir keinen Einfluss, wir haben nur die Räumlichkeiten gemietet und das Haus gehört nicht uns. Aber wir wollen natürlich alles vermeiden, dass wir durch andere Dinge mit dem Jugendzentrum dann im Endeffekt dann in Diskussion kommen, was mit uns nichts zu tun hat. Das will keiner, ganz im Gegenteil, wir wollen dort in Ruhe arbeiten oder unsere Spezialisten arbeiten lassen. Gut, dann gibt es noch, wie ich es einmal angekündigt habe, eine Anfragebeantwortung an den Kollegen Freisais. Ich habe in der Gemeinderatssitzung am 13. Dezember berichtet, dass der Herr

Freisais eine Anfrage zum Thema „Geldverkehrsspesen“ gestellt hat. Die Anfrage war aber so umfangreich oder ist so umfangreich, dass es ein bisschen gedauert hat. Die wurde mittlerweile schriftlich übermittelt. Gleichzeitig hat er auch eine Anfrage gestellt, der Herr Freisais, über die „Öffentliche Straßenbeleuchtung in der Stadt“. Fast alle von ihm gestellten Fragen konnten mit dem Protokoll der Umweltausschusssitzung vom 26. November, unserer Meinung nach und von unseren Fachleuten, entsprechend geklärt werden. Die Beantwortung ist ausschließlich an ihn ergangen. Aber wie gesagt, wenn wer möchte und das im Detail lesen möchte, dann hat er natürlich die Möglichkeit, nicht nur beim Herrn Freisais, sondern auch beim Herrn Magistratsdirektor die Anfragebeantwortung, die lange Litanei und die Antworten, die liegen auf. Gut, dann haben wir die Anfragen hinter uns gebracht.

Zu Pkt. 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Auch einiges zu berichten. Die erste Mitteilung, die habe ich zu berichten, das Ergebnis einer Aufsichtsbeschwerde. Frau Annemarie Kronberger und der Herr Dr. Maximilian Kronberger haben am 27.8.2018 eine schriftliche Aufsichtsbeschwerde gegen den Magistrat Steyr eingebracht, in der sie die erteilte Baubewilligung für eine Moschee des „Islamischen Vereins Blaue Moschee“ in der Seifentruhe in Frage stellen. Beschwerdegrund war bzw. ist dabei besonders die aufgrund der Verwendung verursachte Lärmbelästigung. Die Stadt als Behörde hat im Anhörungsverfahren über diese Aufsichtsbeschwerde die getroffene rechtliche Entscheidung begründet und verteidigt. Und mit Schreiben vom 21.02.2019, also dieses Jahres, hat nunmehr die Aufsichtsbehörde, das Land, der Stadt das Ergebnis dieser Beschwerde und deren rechtliche Beurteilung übermittelt. Die bringe ich ihnen jetzt zur Kenntnis.

Die Direktion für Inneres und Kommunales führt aus, dass gemäß § 22 Abs. 1 Oö. ROG 1994 als Wohngebiete solche Flächen vorzusehen sind, die für Wohngebäude bestimmt sind, die einem dauerhaften Wohnbedarf dienen; andere Bauwerke und sonstige Anlagen dürfen in Wohngebieten nur errichtet werden, wenn sie wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Bedürfnissen vorwiegend der Bewohnerinnen bzw. Bewohner dienen und ihre ordnungsgemäße Benützung keine Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Bewohnerinnen bzw. Bewohner mit sich bringt. Dies ist ein Juristensatz, nur als Begründung, warum der so lange ist.

Die Frage, ob die widmungsrechtlichen Voraussetzungen für „andere Bauwerke oder sonstige Anlagen“ im Sinn des § 22 Abs. 1 Oö. ROG 1994 gegeben sind, hätte, und das ist der Vorwurf, einer **strengeren Prüfung im Baubewilligungsverfahren** bedurft, sagt die Aufsichtsbehörde.

Den Stellungnahmen lassen sich keine Hinweise entnehmen, dass eine solche Prüfung auch tatsächlich durchgeführt wurde, also damals vor vielen, vielen Jahren, wie diese Baubewilligung erteilt wurde. Daran vermag auch die Argumentation nichts ändern, dass weitere Ermittlungen im Zuge des Beschwerdeverfahrens ergeben hätten, dass von der Vereinbarkeit der gegenständlichen Nutzung mit der Wohngebietswidmung auszugehen sei. Dies zum einen, weil die Verfahrensmängel des Baubewilligungsverfahrens nicht durch nachträglich vorgenommene Erhebungen saniert werden können. Und zum anderen ist zu berücksichtigen, dass den Ausführungen auch insofern nicht zu folgen ist, als nach der eindeutigen und ständigen Judikatur des Verwaltungsgerichtshofs zur Bestimmung des § 22 Abs. 1 Oö. ROG 1994 bei Auslegung der Wortfolge „vorwiegend der Bewohnerinnen und Bewohner“ vom **betreffenden Wohngebiet** im Sinne einer abgegrenzten Fläche auszugehen ist, das ist wirklich wichtig, auch für die zukünftige Judikatur oder für das Vorgehen unserer Behörde, und eben **keine** Gleichsetzung mit Begriffen wie „Stadtteil“ oder „Stadtviertel“ erfolgen darf. Also da gibt es offensichtlich ein Höchstgerichtsurteil, wo abgegrenzt wird, betreffendes Wohngebiet ist nicht gleich Stadtteil oder

Ortsteil, sondern nur ein ganz kleiner Rahmen rundherum, die sind offensichtlich jetzt gemeint oder das wurde uns aufgetragen. Darüber hinaus bestehen nach Auffassung der Aufsichtsbehörde auch erhebliche Bedenken gegen die Ermittlung der für die Begründung dieser Rechtsauffassung herangezogenen Daten durch Zugrundelegung einer vom Interessenvertreter des Moscheebetreibers selbst erstellten „anonymisierten Liste“ mit Eintragung der Postleitzahlen des Wohnortes, wo nachgewiesen werden sollte, dass da ohnehin nur die Bewohner oder das angrenzende Areal diese Moschee besuchen.

Aus den genannten Gründen, das ist jetzt das Wichtigste, kommt die Aufsichtsbehörde zum Ergebnis, dass durch die nicht ordnungsgemäß erfolgte Prüfung der Frage der Widmungskonformität, also das ist schon lange zurück, im Baubewilligungsverfahren von der Baubehörde § 22 Abs. 1 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 verletzt wurde.

Wir wurden aufgefordert, also die Stadt, die Behörde, die genannte Bestimmungen in künftigen Baubewilligungsverfahren genau zu beachten. Gemäß § 74 Abs. 1 Z. 5 StS ist die Beantwortung der Aufsichtsbeschwerde im Gemeinderat im Rahmen der Tagesordnung der nächsten Sitzung zur Kenntnis zu bringen, was hiermit geschehen ist.

Gut, nächste Mitteilung, Einkaufszentrum in Steyr. Die Beschwerde, die letztinstanzliche, wurde vom Landesverwaltungsgericht, gegen dieses Projekt, wurde abgewiesen, als unbegründet abgewiesen. Zur Hauptfrage nach der gewerbebehördlichen Genehmigung stellte der Landesverwaltungsgerichtshof fest, dass bei projektgemäßer Ausführung des beantragten Vorhabens davon ausgegangen werden kann, dass die Nachbarn weder unzumutbar belästigt noch in ihrer Gesundheit gefährdet werden können. Also das war die letzte Instanz. Am 11.04. ist die Eröffnung.

Noch berichten möchte ich ihnen, sie werden es in der Zeitung hoffentlich auch schon gelesen haben, dass wir dem sorglosen, das ist harmlos ausgedrückt, Hundehalter, der vier Hunde gehabt hat, die immer wieder ausgerissen sind und am Schluss eine alte Frau angegriffen haben und schwer verletzt haben, die Hunde per Bescheid behördenmäßig abgenommen haben. Ich muss mich da nicht nur bei der Behörde bedanken, bei der Frau Dr. Kolar-Starzer und ihrem Team, und der Frau Dr. Hebenstreit, sondern auch bei der Polizei. Das war eine konzertierte Aktion. Da weiß man ja nie, wenn man so eine Aktion setzt, was dann vielleicht passieren kann. Die Polizei war da mit vor Ort, hat nicht eingreifen müssen, es ist dann alles friedlich abgelaufen. Aber wie gesagt, freiwillig wurden die Hunde ja nicht hergegeben. Auch ein herzliches Dankeschön an die Polizei, dass sie da uns als Behörde oder in Behördenkooperation uns da so gut unterstützt haben. Die Hunde sind, ich glaube zwei haben wir im Tierheim Steyr und zwei haben wir im Tierheim Freistadt untergebracht. Alle vier haben wir in Steyr nicht unterbringen können.

Noch eine erfreuliche Mitteilung kann ich ihnen machen. Wenn sie da hinaussehen, unser wunderbarer Steg. Es gibt den Oberösterreichischen Architektenwettbewerb und in diesem Zusammenhang wurde der Steg als preiswürdig eingestuft. Am Montag ist diese Preisverleihung und wir wurden dort im Endeffekt als preiswürdig erachtet. Natürlich die Errichter, das Konsortium der Privaten, aber wir waren als Stadt nicht unbeteiligt. Ich habe die Ehre, am Montag da mitfahren zu dürfen. Wir werden den Preis entgegennehmen. Ob es der Erste, der Zweite oder der Dritte ist, wird man sehen, aber ich glaube, wir können uns gute Hoffnungen machen. Aber egal, alleine dass dieser Steg preiswürdig ist, ist schon schön, weil dieser Architekturpreis ist ja auch keine Kleinigkeit.

Dann habe ich noch einen Punkt, der sich auf die vorangegangene Bürgerfragestunde bezieht. Es waren ja nicht alle da und ich möchte meine letzte Mitteilung heute dazu benutzen, um über einen Umstand zu informieren, der mich wirklich betroffen macht und direkt in Zusammenhang steht mit dieser Bürgerfragestunde. Konkret geht es um den, meiner Meinung nach, versuchten Missbrauch der jüngsten Bürgerfragestunde, also eines

erst vor wenigen Jahren, Mittel der direkten Demokratie. Ein meiner Meinung nach versuchter Missbrauch durch den Fragesteller unter Mithilfe weiterer Personen und ich darf in dem Zusammenhang eine E-Mail Nachricht zur Kenntnis bringen, die der Herr Gerald Gmachmeir, der war zufällig auch anwesend, am Montag dem 18. März an den Stadtrat Kaufmann gesandt hat. Und er hat diese Nachricht mit Absprache mit dem Herr Czermak, der heute ja der Fragesteller war, und mit dem Herrn Jürgen Hutsteiner abgesprochen, das ist in dieser Mail ganz klar festgehalten und angeführt, und er hat auch cc den Gemeinderat Kurt Prack darüber informiert. Und in diesem E-Mail verlangt der Herr Gmachmeir von Stadtrat Kaufmann, also er fordert in dezidiert dazu auf, die Beantwortung der Frage zur Bürgerfragestunde nur unter Bedingungen vorzunehmen. Und da schreibt er, und das ist wirklich so in diesem Mail zu lesen, und das erinnert ja eher an eine Diktion wie in einem Film der auch lauten könnte „Der Pate“. Er schreibt, also der Herr Gmachmeir schreibt, „Wir (also Gmachmeir, Czermak, Hutsteiner) sehen zwei Möglichkeiten für dich a) Du bringst die Beantwortung unter der Voraussetzung, dass der Bürgermeister, der Gemeinderat wer auch immer, dich mit sämtlichen budgetären Kompetenzen betraut, um für die Stadt in sämtlichen Belangen uneingeschränkt klimarelevant finanziell steuern zu können. Sollte die Betrauung nicht erfolgen, lehnt du die Übernahme wegen Nichtzuständigkeit ab. b) Zweiter Vorschlag, du beantwortest die Frage etwa wie folgt, also da ist gleich einmal ein Formulierungsvorschlag gemacht, wie vielleicht der zuständige Stadtrat antworten soll, und dann steht da: „Der Bürgermeister hat mir die Beantwortung dieser Frage aufgetragen. Da ich ansonsten nicht mit dem Gesamtbudget der Stadt Steyr beauftragt bin, kann ich nur wiedergeben, was im schriftlich dargelegten Budget der Stadt Steyr festgehalten ist. Es gibt keinen Budgetposten, der die in der Frage aufgeworfene Problematik explizit zum Thema hat. In anderen Worten, die Dotierung für dieses Thema ist Null.“ Das war der Vorschlag zur Beantwortung. Meine Damen und Herren, wissen sie, was da meiner Meinung nach passiert ist? Da wurde ein demokratisches Instrument, das wir vor einigen Jahren im Sinne der direkten Demokratie und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zusätzlich eingeführt haben, wirklich missbraucht, zumindest versucht zu missbrauchen. Da stellt sich der Herr Czermak her, stellt harmlos eine Frage und im Hintergrund wurde schon geplant und konkret daran gearbeitet, dass die von den Herren ihrer Meinung nach einzig richtige Antwort die da rauskommt, dass das ganz negativ sein soll. Um auf Nummer sicher zu gehen, formuliert man das dann sogar vor, damit der Herr, zuständige Stadtrat das dann auch richtig beantworten soll. Erwinnere nur an den Satz „Wir sehen zwei Möglichkeiten für dich“. Muss man sich einmal vorstellen. Ich halte das wirklich für einen absoluten Skandal und die an diesem unwürdigen Schauspiel Beteiligten, aber auch die darüber informierten Personen, haben hier eine Grenze überschritten, die zwar nicht strafrechtlich relevant ist, die aber auf jeden Fall demokratiepolitisch grenzwertig und klar abzulehnen ist. Und es zeigt auch eines für mich ganz klar und deutlich, dass es diesen Herren nicht um die Sache geht, sondern ausschließlich um politische Agitation. Und wenn man dafür ein bisschen falsch spielen muss, auch kein Problem, Hauptsache der Bürgermeister bekommt sein Fett ab, Hauptsache eine neue Schlagzeile kann man produzieren, Hauptsache man kann jemanden schuldig machen. Hochachtung, und damit beende ich meine Mitteilungen, Hochachtung vor Stadtrat Kaufmann, der keine Sekunde gezögert hat, dieser unerhörten Aufforderung nachzukommen „Du beantwortest die Frage etwa wie folgt“, sondern im Endeffekt sachlich korrekt die Informationen über die Aktivitäten der Stadt im Bereich Klimaschutz gegeben hat und auch über die dafür bisher aufgewendeten Mittel informiert hat. So, das waren die...

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:
Darf ich da einen Satz dazu sagen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Eigentlich nicht, nein. Das waren meine Mitteilungen. Vielleicht ergibt es sich dann. Wir kommen im Endeffekt zu Punkt 4, aktuelle Stunde.

Zu Pkt. 4) AKTUELLE STUNDE:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Gibt es keine.

Zu Pkt. 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES gem.
§ 54 Abs. 3 StS

GHJ2-12/19 Verkauf Stelzhamerstraße 11, Tausch des zweiten Kessels.

Zu Pkt. 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Wir treten in die Verhandlungsgegenstände ein und ich darf dazu an den Herrn Vizebürgermeister Hauser übergeben.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Ich übernehme den Vorsitz und erteile dir das Wort.

MAGISTRATSDIRKTOR DR. KURT SCHMIDL:
Dringlichkeitsantrag.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Ja, ja, nur keinen Stress. Der Herr Bürgermeister hat jetzt das Wort und er wird wissen, was er tut.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Genau. Es liegt ein Dringlichkeitsantrag vor der Grünen und zwar die Formulierung lautet:

Gem. § 7 Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr wird folgender

Dringlichkeitsantrag

gestellt:

Der Gemeinderat möge folgendes beschließen:

Der Herr Bürgermeister wird ersucht, dahingehend Rechtssicherheit zu garantieren, dass Demonstrieren in Steyr kostenfrei ist.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Also der Gemeinderat soll das beschließen, dass ich das garantiere, den Beschluss.

Begründung:

Aus gegebenem Anlass, da eine Demonstration von Jugendlichen für Klimaschutz an der Forderung des Kostenersatzes von 300 Euro gescheitert ist, ist es notwendig, für solche Fälle Rechtssicherheit herzustellen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Okay, dazu hat jetzt jede Fraktion eine Wortmeldung. Es geht so zu sagen um die Dringlichkeit zuzulassen. Bitte.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:
Werter Gemeinderat, die Formulierung ist nicht gerade optimal, das stimmt schon. Aber in der Sache ist es klar was wir wollen und es war ja auch auf der Facebookseite des Bürgermeisters das Bedauern über die Sache zu lesen, und dass er die Beamten anhalten

wird, in solchen Fällen in Zukunft mit mehr Feingefühl vorzugehen. Ich denke das ist zu wenig. Solche Fälle darf es einfach per Gesetz nicht mehr geben. Da war, da ist was passiert, was man wahrscheinlich im Vorfeld ausschalten könnte. Wie das juristische Vorgehen ist, dafür bin ich zu wenig Experte, sind wir zu wenig Experten. Aber der Bürgermeister wird wissen, wen er damit beauftragen muss, damit Rechtssicherheit besteht, dass Demonstrieren eben kostenfrei ist. Ich bin mir schon im Klaren darüber, dass nicht immer nur Leute demonstrieren, die in unserem Sinne demonstrieren, sondern es geht um dieses Recht per se und das ist in Steyr zumindest einmal gewaltig schief gegangen. In diesem Fall tut es ihm natürlich besonders leid. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Der Kollege Zöttl hat sich gemeldet. Bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich darf für die FPÖ Fraktion sprechen. Soweit wir informiert sind von den Juristen gibt es in Österreich die Möglichkeit zu demonstrieren und das kostet nichts. Es geht lediglich darum, dass Verwaltungsausgaben oder Abgrenzungsmaßnahmen, die kosten etwas, ja. Irgendwer muss bezahlen. Man hat an den Bildern gesehen, wie es danach ausgesehen hat und irgendwer muss das auch wieder wegräumen. Aber was wir eigentlich grundsätzlich sagen möchten, die Dringlichkeit sehen wir in diesem Fall hier nicht, dass das ein Dringlichkeitsantrag sein muss.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gibt es? Bitte.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich darf mich hier anschließen, auch die ÖVP und das Bürgerforum sind der Meinung, dass hier die Dringlichkeit nicht gegeben ist. Das ist nicht etwas, was wir jetzt sofort ändern sollten. Außerdem für mich stellt sich die Frage, was sollen wir überhaupt ändern? Also dieser Antrag ist so formuliert, dass man ihn, wie er jetzt da liegt, ablehnen muss. Das heißt, ich würde empfehlen, dass dieser Antrag zurückgezogen wird.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Freisais, ist der Fraktion?

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Wir gestatten das Wort, obwohl du eigentlich nicht Fraktion bist, aber bitte. Ich möchte nur darauf hinweisen, nicht dass das zur Selbstverständlichkeit wird.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Danke, dass ich mich auch äußern darf, das weiß ich natürlich zu schätzen. Der aktuelle Fall zeigt, dass es da einen Handlungsbedarf gibt. Gerade Demonstrieren ist ein Grundrecht und aus meiner Sicht ganz ein wesentliches Instrument, um seine Meinung kund zu tun, um Demokratie zu leben und sie einzubringen und dementsprechend schließe ich mich dem Dringlichkeitsantrag, also der Feststellung der Dringlichkeit, an.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

So, der Herr Bürgermeister hat das Wort für die SP Fraktion.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Für die SP Fraktion ist auch klar, dass die Dringlichkeit in diesem Fall nicht gegeben ist. Stelle auch klar und noch einmal fest, wir brauchen auch nichts Neues beschließen. Es ist

ein Grundrecht zu demonstrieren und es ist ein Grundrecht, dass das Demonstrieren kostenlos ist. Es war eine personelle Fehlleistung hier am Magistrat, die Auskunft die erteilt wurde, dass da Kosten anlaufen werden, war grundlegend falsch. Der Beamte ist tief betroffen, ist ja kein Frischgefangener gewesen. Aber das ist vorgekommen. Das heißt, die Gesetzeslage ist so klar und selbstverständlich gelten die Gesetze auch in der Stadt Steyr und wir halten uns auch daran. Das ist eine persönliche Fehlleistung gewesen, wird nie wieder vorkommen. Wir haben alle Vorkehrungen getroffen. Der Magistratsdirektor hat schon Gespräche geführt. Ich lasse mir jetzt noch zusätzlich persönlich alle Anmeldungen für Kundgebungen und Demonstrationen auch immer vorlegen, damit ich zumindest informiert bin. Aber das ist überhaupt keine Frage, bin auch der Meinung, also abschließend, Dringlichkeit überhaupt nicht notwendig. Jeder der demonstrieren will kann das tun, kostenfrei selbstverständlich. Das ist ein Grundrecht, Artikel 2 im Bundesgesetz, ist alles formuliert. Der Antrag selbst, der ja im Endeffekt dann, wenn er hier die Dringlichkeit nicht bekommt, dann im nächsten Gemeinderat behandelt werden soll. So wie er da formuliert ist, da bin ich ganz beim Kollegen Mayrhofer, ist er nicht zu behandeln. Weil einen Bürgermeister zu beauftragen, dass er Rechtssicherheit herstellen soll in so einer Situation, wo Rechtssicherheit ohnehin besteht, das ist ja ein Paradoxon, das geht nicht, was immer sie dann oder ihr dann für einen Antrag noch stellen werden. Ich würde vorschlagen, wenn das ein Thema sein soll in der nächsten Gemeinderatssitzung, so wird es nicht gehen. Aber die Dringlichkeit ist nicht zu sehen. Tut mir doch wirklich leid, entschuldige mich noch einmal, was soll ich machen. Also das war eine grobe Fehlleistung, die Information war falsch und da haben sich dann im Endeffekt die Initiatoren, die diese Veranstaltung machen wollten, abschrecken lassen. Zur Aufklärung oder zum Hintergrund, der Magistrat genehmigt keine Versammlungen. Das ist die Polizeiarbeit. Vom Magistrat ist die Auskunft gekommen, wenn die Versammlung stattfindet oder stattfindet in dieser Größenordnung, dann wird das wahrscheinlich Kosten in der Höhe von 200 bis 300 Euro ausmachen. Das hat die Initiative abgeschreckt, das tut mir wirklich leid und dem Beamten auch, aber natürlich hätte das nichts gekostet und darf auch nichts kosten. Selbstverständlich nicht. Aber wir sind eh schon gestraft genug durch diese wirkliche Fehlleistung, sind wir in ganz Österreich in den Medien gestanden als einzige Stadt, die offensichtlich nicht dem Recht entspricht. Also, was soll man machen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ich möchte nur festhalten, dass das, also diese Gesetzessituation die Vollziehung eines Bundesgesetzes im übertragenen Wirkungsbereich ist und daher der Gemeinderat nicht dem Herrn Bürgermeister eine Weisung erteilen kann, wie das zu machen ist. Ich möchte das nur ganz klar festhalten und ersuche dann, sofern jetzt die Dringlichkeit nicht zuerkannt wird, geht es in den nächsten Gemeinderat als normaler Antrag, ersuche ich dann die Grünen sich dann mit dem Herrn Magistratsdirektor in Verbindung zu setzen, wie der Antrag formuliert gehört, damit er so zu sagen auch behandelbar ist. Ich komme jetzt...

Unverständliche Zwischenmeldungen

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Das könnt ihr jederzeit tun, also die Rechtssicherheit ist ganz klar definiert aufgrund der Bundesgesetze. Bitte gerne, wenn es um die Zurückziehung geht.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Prinzipiell haben wir jetzt gehört wie die Rechtslage ist, das wusste ich so nicht. Ich habe nicht gewusst, dass hier bestehendes Recht, gebrochen ist zu viel gesagt, aus Unwissenheit falsch gehandelt wurde. Wenn es Rechtssicherheit gibt, wenn das jetzt alles dann ja auch medial mit Sicherheit so auch an die Jugendlichen, die vielleicht demnächst eine Demonstration machen wollen, weitergegeben wird, dann sehe ich tatsächlich keinen Anlass mehr und ziehe damit den Antrag zurück. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Somit ist der Antrag zurückgezogen, denn die Rechtssicherheit ist jedenfalls gegeben und ich ersuche um den nächsten Tagesordnungspunkt.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

1) Fin-105/18 Shaolin Tempel Steyr – Übersiedelung und Sanierung neues Trainingszentrum in der Damberggasse 2.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

In meinem ersten Tagesordnungspunkt geht es um den Shaolin Tempel. Dieser Verein ist übersiedelt und hat sein Trainingszentrum in der Damberggasse von Grund auf saniert. Dafür waren Kosten, sind Kosten angelaufen in der Höhe von 106.688 Euro. Die Stadt Steyr und das Land Oberösterreich haben da mitgesponsert und mitgeholfen. Das Land Oberösterreich mit 27.000 Euro und die Stadt Steyr mit einem Zuschuss, wie immer bei Sportvereinen, mit einem Drittel von 33.500 Euro und ich ersuche, diesen Betrag, diese Förderung, zu beschließen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Schule und Sport vom 8. Jänner 2019 wird dem Shaolin Tempel Steyr für die Sanierung und Adaptierung des neuen Trainingszentrums in der Damberggasse 2, eine außerordentliche Förderung in der Höhe von 33.500 Euro gewährt.

Die Subvention gelangt in zwei Raten 2019 und 2020 zur Auszahlung.

Die erste Rate im Ausmaß von 16.700 Euro wird bei der VASSt. 5/269000/777000 freigegeben.

Die zweite Rate in Höhe von 16.800 Euro ist im Budgetvoranschlag 2020 vorzusehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von 33.500 Euro notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Wortmeldung? Kollege Thummerer bitte.

GEMEINDERAT ARNO THUMMERER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Im Zuge der Adaptierung des neuen städtischen Jugendzentrums im Objekt Damberggasse 2 ist auch der Shaolin Tempel von der Haratzmüllerstraße in dasselbe Objekt im Obergeschoss gezogen, wie wir auch schon gehört haben. Dies wird von der Stadt großzügig mit 33.500 Euro gefördert. Da stellt sich die Frage an den Finanzreferenten, werden in Zukunft alle Vereine mit einem so hohen Betrag gefördert oder ist das der Grund, dass ein Mitarbeiter des Magistrates sowohl federführend bei der Adaptierung des Jugendzentrums tätig ist und derselbe Mitarbeiter eine Funktion der Organisation Shaolin Tempel bekleidet. Des Weiteren, gibt es einen Zusammenhang zwischen der zeitlichen Adaptierung des Jugendzentrums und des Umzuges des Shaolin Tempels in dasselbe Gebäude?

VIZEBÜRGERMEISTER WILHLM HAUSER:

Danke, gibt es eine weitere Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Die Förderung des Shaolin Tempels erfolgt auf Grundlage unserer Sportförderungsrichtlinien, wo Investitionen für Sportvereine in Infrastruktur mit jeweils einem Drittel gefördert werden. Auch nur dann, wenn auch das Land Oberösterreich diese Förderungsmittel, also die Förderung, als förderungswürdig anerkennt. Das war da gegeben, aus dem Grund haben wir diese Summe auch beschlossen bzw. wollen wir diese Summe auch geben. Besteht kein Zusammenhang mit einem Magistratsmitarbeiter, der dort bei diesem Verein tätig ist. Ich war bei der Eröffnung, dort sind ungefähr 70 Mitglieder, sehr viele junge Menschen, aber auch Kinder, also quer Beet. Das ist ein asiatischer Kampfsportverein mit unglaublich viel Disziplin, also beeindruckend. Hat also überhaupt nichts damit zu tun. Wenn wir beginnen würden jene Vereine von Förderungen auszuschließen, weil ein Magistratsmitarbeiter Vereinsmitglied ist, dann könnten wir wahrscheinlich die Vereine in Steyr zusperren, weil doch sehr viele Magistratsmitarbeiter beschäftigt sind und auch Sport betreiben, das hat keinen Zusammenhang, hängt auch zeitlich nicht zusammen. Weil im Endeffekt ja auch die Shaolin Tempel Leute und so wie wir als Stadt an den Hauseigentümer herangetreten sind, um die Räumlichkeiten zu mieten. Der war wahrscheinlich froh, dass er im Endeffekt fast das ganze Haus jetzt vermietet hat. Das war ja jahrelang, ist ja jahrelang leer gestanden. Ich ersuche um Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Okay, Antrag wurde gehört. Gibt es dazu eine gegenteilige Meinung? Gibt es eine Stimmenthaltung? Somit einstimmig...Entschuldigung. Eins, zwei, drei, vier, fünf, sieben, acht, neun. Neun Enthaltungen. Somit mit Mehrheit beschlossen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **1**

GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **32**

Zustimmung: **23**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, MA, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 4 – (GR Florian Schauer, GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **9**

FPÖ 9 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Bitte sehr.

2) Präs-318/10 Ehrenzeichenrichtlinien 2010; Änderung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der nächste Tagesordnungspunkt ist eher eine formale Geschichte. Das Land Oberösterreich hat die Ehrenzeichenrichtlinien geändert. Hier führen wir eine Anpassung unserer Ehrenzeichenrichtlinien an die Landesrichtlinien durch. Wo es eher darum geht, dass man nicht nur in diesem System, wie es halt jede Gemeinde für sich hat, Ehrenzeichen vergeben kann, sondern auch ohne dass man Jahrzehnte lang irgendwo bei einem Verein sein muss. Gleichzeitig wird das Quorum verändert, dass man Ehrenbürgerschaften nach wie vor mit Dreiviertelmehrheit im Gemeinderat beschließen muss. Ja, wie gesagt ein formales Nachziehen einer Veränderung eines Landesgesetzes.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichts der FA für Präsidiales wird die Ehrenzeichenrichtlinie 2010, Beschluss des Gemeinderats vom 30.9.2010, zuletzt geändert durch Beschluss vom 12.12.2013, wie folgt geändert:

§ 1 Ehrenzeichenrichtlinie 2010 lautet:

„§ 1

Ehrungen

- (1) Der Gemeinderat kann Personen, die sich um die Stadt besonders verdient gemacht haben oder die der Stadt in besonderem Maße zur Ehre gereichen, durch Ernennung zur Ehrenbürgerin bzw. zum Ehrenbürger oder durch Verleihung eines Ehrenringes auszeichnen. Die Ehrung bedarf eines Beschlusses des Gemeinderats, der mit Drei-Viertel-Mehrheit zu fassen ist.
Werden später Tatsachen bekannt, die einer Verleihung der Ehrenbürgerschaft oder eines Ehrenringes entgegengestanden wären, oder setzt eine geehrte Person nachträglich ein Verhalten, das einer Verleihung entgegenstände, so ist die jeweilige Auszeichnung von der Stadt abzuerkennen. Nach dem Ableben der ausgezeichneten Person kann die Auszeichnung aberkannt werden, wenn später Tatsachen bekannt werden, die einer Verleihung entgegengestanden wären. Die Aberkennung der Auszeichnung bedarf eines Beschlusses des Gemeinderats, der mit Drei-Viertel-Mehrheit zu fassen ist (§ 5 Abs. 4 StS 1992).
- (2) Der Gemeinderat kann auch sonstige Ehrungen vornehmen, die nicht mit einer umfassenden Würdigung der Persönlichkeit im Sinne des Abs. 1 verbunden sind, wie insbesondere Anerkennungen für besondere Leistungen auf verschiedensten Gebieten. Für diese Ehrungen gelten die normalen Beschlusserfordernisse des § 18 StS.
Wird nachträglich bekannt, dass die Voraussetzungen für die jeweilige Auszeichnung zum Zeitpunkt ihrer Verleihung tatsächlich nicht vorgelegen sind und sind diese Voraussetzungen auch in der Zwischenzeit noch nicht eingetreten, so ist die Auszeichnung abzuerkennen. (§ 5 Abs. 6 StS 1992). Diese Ehrung bzw. Auszeichnung erlischt mit dem Tod der Person, der sie verliehen wurde.
- (3) Auf eine Ehrung besteht kein Rechtsanspruch. Mit der Ehrung verbundene Ehrenzeichen gehen in das Eigentum der bzw. des Ausgezeichneten über. Andere Sonderrechte oder Sonderpflichten sind mit Ehrungen durch die Stadt nicht verbunden (§ 5 Abs. 2 StS 1992).
- (4) Alle personenbezogenen Bezeichnungen gelten gleichermaßen für die weibliche wie auch männliche Form.“

Die Änderung der Ehrenzeichenrichtlinie ist durch zweiwöchigen Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr kundzumachen und tritt mit dem auf den Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungfrist folgenden Tag in Kraft.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer damit einverstanden ist, ein Zeichen mit der Hand. Gibt es eine Gegenstimme dazu? Stimmenthaltungen? Einstimmig angenommen. Danke.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

3) VerkR-214/14 Oö. Nah- und Regionalverkehrs-Finanzierungsgesetz; Kostenbeitrag der Stadt Steyr für verbundbedingte Leistungen für das Jahr 2019.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Es geht um das Oö. Nah- und Regionalverkehrs-Finanzierungsgesetz. Wir sind ja im Verkehrsverbund Mitglied, wir profitieren von dieser Organisation und haben auch unseren finanziellen Beitrag zu leisten. Da gibt es einen genauen Beschluss dazu. Jetzt geht es im Endeffekt um die Zurverfügungstellung oder Beschlussfassung unseres Beitrages in der Höhe von 199.604 Euro und ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des FA für allgemeine Rechtsangelegenheiten vom 13.02.2019 wird der Freigabe der Mittel zur Bezahlung des Kostenbeitrages der Stadt Steyr für verbundbedingte Leistungen zur Sicherung und Verbesserung eines stabilen Niveaus von Verkehrsdiensten des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs in Oberösterreich für das Jahr 2019 in der Höhe von

EUR 199.604,00 (Euro einhundertneunzigneuntausendsechshundertvier)

zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von EUR 199.604,00 bei der VASSt. 1/690000/751000 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Sehe ich nicht. Wer damit einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Nicht. Einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Nächster Punkt.

4) Fin-120/18 Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2018 in das Finanzjahr 2019.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

In meinem nächsten Punkt geht es um die Übertragung von nicht beanspruchten aber schon beschlossenen Vorhaben vom Finanzjahr 2018 auf 2019. Es gibt ja viele Projekte die sich ziehen, die nicht mit einem Jahr oder mit Ultimo abgeschlossen werden können. Wir reden hier aber doch in Summe von 3,933 Millionen im außerordentlichen Haushalt und im ordentlichen Haushalt von 319.670 Euro. Also insgesamt von einem Betrag von 4.252.890 Euro. Wenn man sich die Liste die mitgeschickt wurde, die in den Unterlagen aufliegt, ansieht, sieht man, dass es sehr, sehr viele Bauprojekte sind. Vor allem unsere Investitionen in den Schulen, in den Neuen Mittelschulen, wo die Rechnungen oder die Arbeiten noch nicht abgeschlossen sind und somit die Endrechnungen noch fehlen, und viele, viele andere Bereiche auch. Das ergibt das in Summe. Zum Beispiel haben wir noch einen großen Posten von 440.000 Euro, die wir logischer Weise übertragen für den Posthofübergang, den wir in Planung haben und noch nicht begonnen haben. Auch von der Flaniermeile ist noch nicht abgerechnet. Das sind Position gleich über 100.000 Euro. Also in Summe macht das etwas aus. In Wahrheit ersparen wir uns durch das Übertragen, und wird jedes Jahr das passieren, dass hier die Beschlüsse, die wir schon einmal gefasst haben, noch einmal fassen müssen, weil die Projekte, die ja da beschlossen wurden, waren ja und sind außer Streit gestanden. Ich ersuche diese Übertragungen zu beschließen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Buchhaltung, Kassa und Lohnverrechnung vom 4. März 2019 werden die in der Beilage angeführten Übertragungen vom Jahr 2018 in das Jahr 2019, sowie Kreditüberschreitungen im ordentlichen Haushalt in Höhe von € 319.670,-- und im außerordentlichen Haushalt in Höhe von € 3.933.220,-- in Summe € 4.252.890,-- genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitungen erfolgt durch die im ursprünglichen Antrag vorgesehenen und beschlossenen Mittel.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Dem ist auch nicht der Fall. Also offensichtlich desto größer die Summen desto weniger Wortmeldungen. Wer damit einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Aber das haben wir alles schon einmal beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Eh. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Dem ist auch nicht der Fall. Somit einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Nächster Tagesordnungspunkt.

**5) Fin-56/19 „Steyr lebt!“ – Wirtschaftsverein zur Kaufkraftstärkung, Stadt-
platz, 4400 Steyr, Förderung 2019.**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Hier geht es um die Wirtschaftsförderung für den Verein „Steyr lebt“, der Wirtschaftsverein zur Kaufkraftstärkung der Innenstadt. Wir haben vor, so lautet auch der Antrag, die Aktivi-

täten dieses Vereins, der unter anderem die Shoppingcard aufrechterhält und im Endeffekt damit eine Kaufkraft bindet von 1 Million Euro. Jetzt war im Stadtsenat die Frage, wie weit sind wir da? Im Jahr werden Shoppingcards gekauft in Steyr von 1 Million Euro. Ja und wir unterstützen diese Aktivitäten, die ja nicht nur auf die Shoppingcard beschränkt sind, sondern auch diese neue Aktion mit „StaRtplatz“, wo im Endeffekt auch Unternehmen, die sich hier neu ansiedeln in der Innenstadt, eine Möglichkeit haben auch einen Mietzuschuss zu bekommen von diesem Verein und die Stadt unterstützt diese Maßnahmen. Aber, und das macht den besonderen Charme dieser Förderung aus, auch das Land Oberösterreich beteiligt sich an der Firmenfinanzierung mit 40.000 Euro, sodass in Summe ein Volumen von 120.000 Euro zusammenkommt. Und die Förderung der Stadt Steyr beträgt 50.000 Euro und diese Summe beantrage ich zu beschließen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 4. März 2019 wird dem Förderungswerber „Steyr lebt!“ – Wirtschaftsverein zur Kaufkraftstärkung zu den Kosten für die Fortführung der Steyrer Shopping Card und die Weiterentwicklung des Projektes „StaRtplatz Steyr“ als ein nachhaltiges Leerflächenmanagement in der Höhe von € 120.000,--, eine Förderung in der Höhe von € 50.000,-- gewährt.

Zu diesem Zweck wird bei VAS 5/782000/755000 ein Betrag in der Höhe von € 50.000,-- für das Rechnungsjahr 2019 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gut, der Antrag wurde gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Auch nicht der Fall. Wer also gegen diesen Antrag ist, bitte in Zeichen mit der Hand. Gibt es eine Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Somit einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Nächster Punkt.

6) Fin-125/10 Bedarfszuweisungsmittel für das Museum Arbeitswelt; Weiterleitung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nächster Tagesordnungspunkt und meiner letzter, die Bedarfszuweisungsmittel für das Museum Arbeitswelt. Das ist eine Weiterleitung einer Summe in Höhe von 300.000 Euro Landesförderung über den Umweg der Stadt Steyr an das Museum Arbeitswelt und ich ersuche dieser Weiterleitung zuzustimmen. Ist also nicht Budgetrelevant für die Stadt Steyr, das ist Geld des Landes Oberösterreich, eine Subvention für das weit über die Grenzen der Stadt hinaus bekannte und anerkannte Museum Arbeitswelt.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen, wird der Weiterleitung der vom Land Oberösterreich gewährten Bedarfszuweisung in der Höhe von € 300.000,-- an das Museum Arbeitswelt, als Museumsförderung des Landes Oberösterreich für das Jahr 2019, zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird bei VAST 5/360000/777000 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von € 300.000,-- für das Rechnungsjahr 2019 genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch die Bedarfszuweisung in gleicher Höhe zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Okay, gibt es dazu eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Wer dieser Weiterleitung zustimmt, bitte ein Zeichen mit der Hand. Gibt es eine gegenteilige Meinung? 9 Mal. Gibt es eine Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Mit 9 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **24**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, MA, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **9**

FPÖ 9 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Damit sind deine Tagesordnungspunkte erschöpft und ich gebe den Vorsitz zurück.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Herrn Vizebürgermeister Hauser das Wort. Bitteschön.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

7) FW-1/19 Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, werte Gäste. Ich habe heute wieder ein paar Anträge. Unter anderem als ersten den Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“. Es ist bitte sehr im Amtsbericht angeführt und auch vorgesehen, wer denn aller diese Feuerwehr-

Verdienstmedaille bekommen soll. Einerseits Leute aus der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr, andererseits der Betriebsfeuerwehr BMW Motoren, Betriebsfeuerwehr MAN Trucks & Bus und Betriebsfeuerwehr des Landeskrankenhauses Steyr bzw. auch SKF Österreich. Möchte dazu sagen, dass die meisten davon auch mitwirken in der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr und daher sicherlich auch ein Zeichen dafür, dass wir uns sehr darüber freuen, dass die Leute für die Sicherheit der Steyrer Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen und ich ersuche daher, dem Antrag auf Verleihung der Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr und die Angehörigen der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr zuzustimmen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Dem Antrag auf Verleihung der "Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr" an die im Amtsbericht der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 18.01.2019 genannten Personen wird zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wünscht zu diesem Tagesordnungspunkt jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bitte dein nächster Punkt.

8) SBS-3/19 Freizeitbetriebe Steyr; Preisanpassung für 2019 bzw. Saison 2019/2020.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Mein nächster Punkt befasst sich mit den Freizeitbetrieben der Stadt Steyr, Preisanpassung für 2019 bzw. die gesamte Saison 2019/2020. Wobei die Saison 2019/2020 sich auf das Hallenbad, Sauna und Eislaufplatz bezieht. Weil wir einmal vereinbart haben, dass wir einen gemeinsamen Antrag einbringen, wo es so zu sagen auf der einen Seite eine Erhöhung um den VPI gibt, auf der anderen Seite wir uns in der Zukunft auf den VPI ab 2015 beziehen und drittens in der Zukunft das auch automatisiert durchführen wollen, was den VPI betrifft und die Erhöhungen betrifft, sofern es zu keinen besonderen Erhöhungen kommt. Eine Überschreitung der prozentuellen Grenze kann es nur dann geben, wenn auf 10 Cent, auf ganze 10 Cent, jeweils gerundet wird. Die einzelnen Vorschläge der Preise liegen dem Amtsbericht bei und ich ersuche dem Antrag, dass so zu sagen diese Erhöhung durchgeführt wird, zuzustimmen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtbetriebe Steyr GmbH vom 26.2.2019 wird den vorgeschlagenen Preisanpassungen für das Freibad, Hallenbad, Sauna und Kunsteisbahn für das Jahr 2019 bzw. die Saison 2019/2020 entsprechend den Beilagen zugestimmt.

Weiters wird der jährlichen Indexanpassung auf Basis VPI 2015 zugestimmt. Als Ausgangswert für die zukünftigen Preisanpassungen dient immer der Jahresdurchschnitt 2017 mit dem Indexwert 103,0. Als Referenzwert fungiert der Jahresdurchschnitt des Jahres, das dem Preisanpassungsjahr vorausgegangen ist. Für 2019 bzw. 2019/2020 ist

Stadtplatz 25 hinten, wo früher die Kulturabteilung war, ein öffentliches WC einzubauen. Und es geht unter anderem in die Richtung, dass es ein Behinderten-WC geben wird, 4 Kabinen für Damen, 2 Kabinen für Herren plus 3 Pissoirs. Im Herren und Damen soll jeweils ein Wickeltisch auch angebracht werden, damit wir auch hier die Gleichberechtigung haben, dass alle wickeln können, wenn man das braucht. Und es geht darum, dass wir das letztlich auch bewirtschaften wollen. Bewirtschaften deswegen, dass es schon zu einer erhöhten Sauberkeit auf der einen Seite kommt, aber auch der Vandalismus eingeschränkt wird, weil so bald etwas kostet, ist es auch etwas wert. Wir werden hier eine Zugangseinrichtung machen, wo man mit 50 Cent so zu sagen auf dieses WC kommen kann. Wir denken jetzt daran, dieses WC von 6.00 Uhr Früh bis maximal Mitternacht offen zu halten und das täglich. Die andere Seite ist, dass wir die WC's, die im Innenhof des Rathauses sich befinden, während der Dienstzeiten offen sind, dass man aber dann den Innenhof schließen kann, um so zu sagen in der Zukunft auch keinen Schließdienst mehr zu benötigen. Weil das große Eingangstor, wenn dann am Samstag und Sonntag der Tourismusverband offen hat, dann müssen sich die halt das Tor selbst aufsperrern und wieder zusperren. Ich denke mir, dass es hier eine vernünftige Regelung gibt. Unter anderem, dass wir diese Zutrittsgelder einnehmen. Für das Ganze haben wir uns ausgerechnet, dass man, und jetzt höre und staune man, mit 50 Cent täglich circa 17 Personen braucht um hier die Grenze zu erreichen, dass wir das als bewirtschaftet berechnen können und somit auch Vorsteuerabzugsberechtigt werden. Also, das werden wir glaube ich hinbekommen, dass das möglich ist. In diesem Sinne ersuche ich die Summe, die doch durchaus ansehnlich ist, in der Höhe von 201.000 Euro dementsprechend zu genehmigen, die aber exklusive Umsatzsteuer ist, mit Umsatzsteuer wäre sie 241.000 Euro, aber nachdem wir da Vorsteuerabzugsberechtigt sind, kommt es ohne dem.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 04. März 2019 wird der Auftragsvergabe für die Errichtung einer öffentlichen WC Anlage – Rathaus, Stadtplatz 25, an die Kommunalbetriebe Steyr in einer Höhe von € 201.000,00 exkl. USt. (€ 241.200,00 inkl. USt.) zugestimmt.

Für ggstl. Vorhaben wird eine Kreditübertragung von HHSt 5/029000/010000 – Amtsgebäude Rathaus/Gebäude auf HHSt 5/812000/010000 – öffentl. WC/Gebäude in Höhe von € 201.000,00 bewilligt.

Weiters wird der Festsetzung eines Benützungsentgelts in Höhe von € 0,50 inkl. 20 % USt. pro Benutzung zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet der Gemeinderat Wolfgang Zöttl, bitte Wolfgang.

GEMEINDERAT WOLFGANG ZÖTTL, BED:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Ich freue mich, dass ich zu den Toilettenanlagen etwas sagen darf. Die zweite Freude, die ich gerade erfahren habe, dass auch ein Wickeltisch kommt. Ich werde wieder Vater, darum freue ich mich sehr, wenn ich einen Wickeltisch habe. Im Juli ist Geburtstermin, also ich hoffe bis dahin ist die Toilettenanlage fertig. Das nächste ist, die FPÖ hat das schon lange gefordert, neue Toilettenanlagen. Ich glaube das wissen alle, die Steyr kennen und die öffentlichen Toilettenanlagen. Ich glaube nicht, dass wir bis jetzt oder bis dato ein Aushängeschild waren an Toilettenanlagen. Und wie wir schon gehört haben, es ist auch der Fall, dass die sehr verwüstet sind und teilweise auch als Schlafstätten, was ich in Erinnerung habe, genutzt werden. Darum höchste Zeit, dass wir eine neue Toilettenanlage bekommen. Der einzige Wermutstropfen ist aus meiner Sicht, das hat der Herr Vizebürgermeister Hauser eh schon gesagt, 200.000 Euro, mit der Steuer knapp 241.000 Euro, das kommt mir sehr hoch vor, der Preis. Aber wie gesagt, vielleicht sind es ganz spezielle Wickeltische, über die ich mich schon freuen wer-

dies der Jahresdurchschnitt 2018, hier mit einem Indexwert von 105,1. Die Rundung erfolgt auf die nächsten vollen 10 ct.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Auch dazu liegt mir keine Wortmeldung vor. Vielleicht noch ein Satz von mir. Wenn man sich die Eintrittspreise ansieht, also da sind wir überall noch sehr, sehr moderat; im Wissen, dass das Freizeiteinrichtungen der Stadt sind, die sich alle leisten können sollen. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Somit ist der Antrag einstimmig angenommen.

GEMEINDERÄTIN NATASCHA PAYRLEITHNER:

Eine Stimmenthaltung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Entschuldigung, bitte. Eine Stimmenthaltung. Mit einer Stimmenthaltung angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **32**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, MA, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 9 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 3 – (StR. Mag. Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS MSc, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **1**

GRÜNE 1 – (GRⁱⁿ Natascha Payrleithner)

9) GHJ2-30/18 Sanierung der Duschen – 2. Etappe, Sportanlage Rennbahn.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Das nächste Thema betrifft die Sanierung der Duschen, 2. Etappe. Sie wissen, dass wir also voriges Jahr die erste Etappe durchgeführt haben, jetzt ist die 2. Etappe dran. Es wurden die dementsprechenden Angebote eingeholt und es geht um eine Gesamtinvestition von 60.077 Euro ohne Umsatzsteuer und Unvorhergesehenes von 1.802,32 Euro. Und ersuche, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 27.02.2019 wird der Mittelfreigabe

in Höhe von € 60.023,17 excl. USt
auf Haushaltsstelle 5/262100/010000
Sportanlage Rennbahn/Gebäude

sowie der Auftragsvergabe an die Firmen

	excl. USt.	inkl. USt
Fa. Andreas Leutgeb, Fliesenleger	€ 9.980,30	€ 11.976,36
Unvorhergesehenes	€ 299,41	€ 359,29
Fa. Kammerhofer, Elektriker	€ 13.863,00	€ 16.635,60
Unvorhergesehenes	€ 415,89	€ 499,07
Fa. Huber, Maler	€ 9.859,00	€ 11.830,80
Unvorhergesehenes	€ 295,77	€ 354,92
Fa. Klausriegler, Installateur	€ 19.950,88	€ 23.941,06
Unvorhergesehenes	€ 598,53	€ 718,23
Fa. Schoiswohl, Baumeister	€ 6.424,07	€ 7.708,88
Unvorhergesehenes	€ 192,72	€ 231,27

**in Höhe von € 60.077,25 excl. USt. (€ 72.092,70 inkl. USt.) sowie Unvorhergesehenes
€ 1.802,32 excl. USt. (€ 2.162,78 inkl. USt.)**

zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Auch hier gibt es keinen Diskussionsbedarf. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Somit wurde dieser Antrag einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ein Antrag, wenn man die Firmen sieht, der die Steyrer Firmen im Endeffekt hier mit Aufträgen versorgt, darüber freuen wir uns. Bitte nächster Punkt.

10) GHJ2-30/19 Errichtung einer öffentlichen WC Anlage im Rathaus, Stadtplatz 25.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Der nächste Tagesordnungspunkt ist sicherlich ein lange gehegter Wunsch, der hier jetzt dann in Erfüllung geht. Ohne dass ich in den Geruch kommen möchte, dass ich WC-Bauer werde, weil wir gerade zum Beispiel das WC sanieren auch in der Aufbahrungshalle. Ist es trotzdem so, dass wir heuer ein öffentliches WC im Rathaus zusätzlich errichten wollen, wie wir es auch der Wirtschaft und den Stadtplatzkaufleuten, und dem Tourismus und allen anderen schon zugesagt haben. Es geht darum, im Durchgang vom Objekt

den. Ich hoffe, dass ich sie nicht zu oft nutzen muss diese Wickeltische, dass das meine Gattin macht, aber lassen wir uns überraschen. Das nächste ist, das ist auch gut, dass sie bewirtschaftet wird, wie ich schon gesagt habe, dass man da vorbeugen kann, wenn da Vandalismus passiert, dass die wirklich in einem ordentlichen Zustand nachher auch bleiben und längere Zeit bleiben, wenn man schon so viel Geld in die Hand nimmt. Weiters möchte ich noch erfreulich erwähnen, ich glaube das habe ich jetzt nicht gehört oder habe es überhört, dass die Kommunalbetriebe das machen. Das ist natürlich auch gut, dass das Geld so zu sagen über Umwegen in Steyr bleibt, das da investiert wird. Danke.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, als nächstes zu Wort gemeldet die Frau Mag. Frech, bitte Michaela.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Ich denke mir, es ist fast aufgelegt, wenn man so eine WC Anlage jetzt neu errichtet, noch dazu um diesen hohen Betrag, wo man zuvor schon darüber berichtet hat, seitens des Herrn Vizebürgermeister Hauser, dass es aufgrund des Tourismus wichtig ist und dass das in den Räumlichkeiten oder in dem Platz stattfinden wird, wo früher die Räumlichkeiten des Kulturamtes waren, dass man wirklich das auch nutzt eine Investition zu machen, die einmal ein bisschen anders ist, ein bisschen kreativer ist. Und jeder von ihnen, der schon öfter verreist ist, kennt das vielleicht von Flughäfen. Lissabon ist ein Beispiel oder nur eines davon, dass man Toiletanlagen auch wirklich künstlerisch gestalten kann. Nämlich so, dass sie erstens weniger Vandalismus...ja, sie können das lächerlich finden, aber es ist so. Schauen sie einmal auf Facebook, schauen sie einmal auf Instagram, die Leute machen eine künstlerische Gestaltung von Toiletten. Ist erstens einmal der Punkt, dass sie weniger, nachweislich weniger Vandalismus mit sich bringen, weil es einfach angenehm gestaltet ist, interessant gestaltet ist. Es wird herumgepostet, ist eine kostenlose Werbung und es ist zum Teil auch wirklich etwas wie ein Sightseeing-Objekt. Und ich würde in diesem Zusammenhang schauen, das so weiterzuführen, zu schauen, sich ein bisschen umzuschauen. Es gibt genug Beispiele, hier ein bisschen eine kreative Gestaltung. Nicht einfach nur zu sagen das „Stille Örtchen“ ist ein Gebrauchsobjekt, sondern das kann ein Kunstobjekt sein.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nächste Wortmeldung der Herr Stadtrat Dr. Ritter, bitte Dr. Ritter.

STADTRAT MR DR. MARIO RITTER:

Werter Gemeinderat, werte Damen und Herren. Es ist zwar recht und schön, eine Aufforderung vielleicht auch die Toiletten künstlerisch zu gestalten, aber ich weiß es nicht, ob das jetzt zielführend für uns ist. Wir haben erstens einmal schon eine ziemlich hohe Summe angeschlagen, 241.000 Euro oder 240.000 Euro inklusive USt., das ist schon sehr viel für ein WC, wenn ich daran erinnere, dass die Toilette der Wiener Ärztekammer auch in dieser Preislage war. Also, in Anbetracht der Höhe hätte ich dann sicherlich etwas gegen einen Vorschlag, dass jetzt das vielleicht künstlerisch so gestaltet wird, dass man jetzt ein WC nach Hundertwasser oder nach Gauguin macht, weil das ist vielleicht in Spanien ganz gut oder ich weiß es nicht. Bleiben wir lieber hier bei unseren 240.000 Euro und schauen wir, dass wir es so niedrig wie möglich halten. Wichtig ist, dass das WC bei uns installiert wird. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Bitte Michaela, die Zweite oder deine Zweite.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Es ist leider ein Irrglaube so mancher, dass Kreativität immer etwas kostet. Kreativität kostet nicht unbedingt. Ich muss ohnedies Türen machen, ich muss andere Dinge anbringen. Und ob ich das jetzt kreativ gestalte oder nicht ist keine Kostenfrage. Das heißt, ich würde mich dagegen verwehren Kollege Ritter, dass das mehr kostet. Ganz im Gegenteil, wir hätten mehr Einnahmen, weil die Toiletanlagen sollen bewirtschaftet werden. Du hast mit Sicherheit mehr Einnahmen, wenn das eine künstlerische Gestaltung hat.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Schluss...Entschuldigung. Wortmeldung, bitte noch einmal. Interessant, was wir da für eine WC-Debatte haben.

GEMEINDERAT WOLFGANG ZÖTTL, BED:

Wie der Bürgermeister schon sagt, die Toilettenanlage erregt mehr Aufmerksamkeit als wie andere Projekte, was im Millionenbereich und Budget überschreitet, und jetzt sprechen wir von 200.000 Euro, über künstlerische Tätigkeiten an der Toilette. Wir sind ja eine technische Hochburg, möchte ich fast sagen, ich bin auch Techniker, war in der SKF jahrelang tätig. Vielleicht könnten wir auch technische Raffinessen einbauen. Ich habe da gerade vorher einen guten Vorschlag gehört. Was wir hätten, da würden wir auch in die Schlagzeilen, auch in den Medien sein, vielleicht sogar ein HTL-Fachhochschulprojekt daraus machen und ich würde bevorzugen zu starten mit einer automatischen Wickelanlage zum Beispiel.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke für diesen humoristischen Beitrag. Persönlich für alles offen, wenn es nichts kostet und etwas bringt. Dann wird es schon schwierig. Schlusswort Referent bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ich habe nichts mehr dazu zu sagen. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bedanke mich, bitte nächster Punkt.

11) GHJ2-4/18 Zweite Etappe vorbeugender baulicher Brandschutz Volksschule Promenade.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Wir haben hier jetzt so zu sagen zwei Anträge dann vor uns, wo es um den vorbeugenden baulichen Brandschutz in Schulen geht. Und ich denke mir ganz einfach, wenn man die Summen sieht und wenn man weiß, was wir voriges Jahr schon verbaut haben und dass nächstes Jahr noch eine Etappe kommt, und dann haben wir 1,9 Millionen Euro verbraten in diese Angelegenheit, dann denke ich mir, da sieht man, was uns so zu sagen gesetzliche Vorschriften auch auferlegen. Wir haben lauter denkmalgeschützte Häuser. Aber auf der anderen Seite, Sicherheit kostet etwas. Und das wird halt hier letztlich auch sichtbar. Und ich möchte gleich darauf hinweisen, dann haben wir einmal zwei Schulkomplexe fertig. Die anderen

sind dann noch vor uns. Die Gesamtschätzung für alle Schulen bedeutet circa 4,9 Millionen Euro im Gesamten. Jetzt hier der erste Antrag befasst sich mit der zweiten Etappe vorbeugender baulicher Brandschutzmaßnahmen in der Volksschule Promenade. Und es geht hier um die Herstellung von Feuerschutz- bzw. Rauchabzügen und dergleichen mehr bis hin zu fehlender sicherheitstechnischer Brandeinrichtungen und Fluchtwegorientierungsbeleuchtungen. Die Ausschreibungen haben stattgefunden, wie ja schon bei der ursprünglichen Ausschreibung. Es geht also hier diesmal um die Gesamtkosten in der Höhe von 117.100 Euro für diese zweite Etappe und ich ersuche um Beratung bzw. Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Für die zweite und letzte Etappe des vorbeugenden baulichen Brandschutzes in der Volksschule Promenade, Promenade 16, werden entsprechend der Darstellung im Amtsbericht der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 26.02.2019 den Auftragsvergaben an die

	exkl. USt.	inkl. USt.
Fa. Mitterhuemer, Steyr – Fluchtwegbeleuchtung	€ 49.887,16	€ 59.864,59
Fa. METATEC, Ternberg – Brand- und Rauchabschlüsse	€ 42.149,6	€ 50.579,59
Fa. Malerei & Fassaden, Steyr – Malerarbeiten	€ 6.958,68	€ 8.350,42
Fa. Neuhauser, Steyr – Innenausbau	€ 1.561,69	€ 1.874,03

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird unter Berücksichtigung des eingeräumten Skontos

der Mittelfreigabe von

€ 117.100,00 inkl. USt. (einhundertsiebzehntausendeinhundert)
bei der VA-Stelle 5/211000/010000
(Volksschulen – Gebäude)

zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Auch hier wieder, diese eine Position geht an die heimische Wirtschaft. Zu Wort gemeldet Gemeinderat Zöttl, bitte Wolfgang.

GEMEINDERAT WOLFGANG ZÖTTL, BED:

Heute bin ich schon so im Marschieren, jetzt muss ich wieder rausgehen. Ich möchte nur kurz klarstellen, vielleicht kommt das falsch rüber, speziell wenn das RTV kommt, nicht dass ich jetzt im RTV unbedingt etwas sagen möchte oder dass ich da vor der Kamera stehe. Aber wenn der Herr Bürgermeister da sagt, okay da geht es jetzt um 4,9 Millionen, da wird nicht diskutiert, da wird nur abgestimmt, alle dafür und das war es mehr oder weniger. Da könnte man den Eindruck gewinnen, das interessiert die Wenigsten wenn da 4 Millionen ausgegeben werden. Ich möchte das nur für die Außenstehenden einmal klar machen, solche Summen sind beschlossen worden oder beraten worden in den Ausschüssen. Da ist darüber diskutiert worden, wie schon gesagt wurde. Das sind Auflagen, die wir erfüllen müssen, wo eben Brandschutz vorgeschrieben wird vom Land, das müssen wir machen. Und dann wird in den Ausschüssen, ich weiß, das wissen alle herinnen, aber ich möchte es trotzdem noch betonen, der nächste Satz wird wieder zeigen, könnte gewesen sein vom Herrn Bürgermeister, dass er sagt: „Okay, die Toiletanlagen für 240.000 Euro, das ist nicht sang- und klanglos gegangen, da beschließen wir jetzt 4 Millionen auf Etappen, jetzt wieder die nächste Etappe, da meldet sich keiner zu Wort.“ Darum wollte ich mich jetzt zu Wort melden, dass das in den Ausschüssen behandelt worden

ist und wir jetzt da sehr wohl im Vorfeld, und auch in der Fraktion, alle Fraktionen natürlich, darüber beraten und teilweise nicht auskönnen. Das wollte ich nur einmal gesagt haben. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Ich glaube, es ist wirklich ein wichtiger Hinweis. Weil man kann ja vielleicht als Außenstehender das Gefühl bekommen, da gibt es einen Amtsvorschlag, da gibt es ein Papier, dann sitzen die 36 Mitglieder da und sagen, ja nein, ja nein. Dass die Arbeiten, die Beratungen vorher in den Gremien stattfinden, ist vielleicht gar nicht so bekannt. Also wir leisten schon Arbeit und wir überlegen uns schon etwas dazu und das glaube ich ist ein wichtiger Hinweis. Bitte als nächster der Stadtrat Gunter Mayrhofer, bitte Gunter.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich möchte mich wirklich bei allen bedanken, weil es ist ja nicht so, dass wir das jetzt wirklich hätten laut Gesetz machen müssen. Sondern wir machen das freiwillig, weil wir uns einig sind, dass ein Brandschutz, auch wenn er nicht sofort umsetzbar gewesen wäre, wichtig ist. Und ich möchte nicht in eine Situation geraten dass man sagt, irgendjemand ist zu Schaden gekommen, nur weil wir gesagt haben, nein dieses Geld sparen wir uns. Und auch ein Dankeschön an den Finanzreferenten.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Den Dank kann ich an alle zurückgeben. Natürlich auch an die Pädagoginnen und Pädagogen, die da auch gedrängt haben das zu machen und an unsere Sachverständigen, auf die wir uns Gott sei Dank da auch verlassen können, auf diese Expertise. Gut. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bedanke mich dafür und ersuche dich den nächsten Punkt zu referieren.

12) GHJ2-17/18 Zweite Etappe vorbeugender baulicher Brandschutz NMS und NMMS Promenade.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Mein nächster Punkt befasst sich mit dem selben Thema aber in der Neuen Mittelschule der Promenade und es geht hier um eine höhere Angelegenheit, nämlich um 304.300 Euro und es ist hier auch die zweite Etappe, da kommt dann nächstes Jahr die dritte noch dazu. Also ich ersuche auch dem die Zustimmung zu geben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Für die zweite von drei Etappen des vorbeugenden baulichen Brandschutzes in der NMS und NMMS Promenade, Promenade 16, werden entsprechend der Darstellung im Amtsbericht der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 26.02.2019 den Auftragsvergaben an die

	exkl. USt.	inkl. USt.
Fa. Mitterhuemer, Steyr – Fluchtwegbeleuchtung	€ 90.602,84	€ 108.723,41
Fa. Malerei & Fassaden, Steyr – Malerarbeiten	€ 57.182,77	€ 68.619,32
Fa. METATEC, Ternberg – Brand- und Rauchabschlüsse	€ 36.155,06	€ 43.386,07
Fa. Held & Francke, Steyr – Baumeisterarbeiten	€ 28.610,26	€ 34.332,31
Fa. Mayr Schulmöbel, Scharnstein – Lehrmittelkästen	€ 18.572,02	€ 22.286,42

Fa. Leutgeb, Steyr – Fliesenlegerarbeiten	€ 17.014,94	€ 20.417,93
Fa. Hackl, Steyr – Brandabschlüsse	€ 8.428,41	€ 10.114,09
Fa. REFORM, Steyr – Brandrauchentlüftung	€ 4.251,84	€ 5.102,21

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird unter Berücksichtigung des eingeräumten Skontos

der Mittelfreigabe von

€ 304.300,00 inkl. USt. (dreihundertviertausenddreihundert)
bei der VA-Stelle 5/212000/010000
(Neue Mittelschule – Gebäude)

zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Auch hier sehe ich nur Zustimmung. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Auch dieser Antrag wurde somit einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Bitte deinen letzten Tagesordnungspunkt zu referieren.

13) GHJ2-53/17 „Stadtplatz neu“ – Vergabe von Leistungen für den Bereich Grünmarkt.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Der letzte Tagesordnungspunkt, aber sicherlich wahrscheinlich der längere. „Stadtplatz neu“ Vergabe von Leistungen für den Bereich Grünmarkt. Ich möchte dazu sagen, sie haben einen Amtsbericht vor sich liegen, wo es also in der Höhe um 185.000 Euro geht und ich möchte darauf hinweisen, das ist natürlich nicht die Gesamtsumme, die also hier für den Grünmarktverbau gebraucht wird, sondern hier geht es nur um die Bauarbeiten, die durch die Firma Lang & Menhofer zu machen sind. Denn die Pflastersteine, die gesamten Stufenanlagen und so, die werden also direkt zugekauft und dann eben durch die Firma Lang & Menhofer verbaut werden. Wir werden also hier circa eine Höhe von 400.000 Euro bzw. 450.000 Euro circa verbauen. Und auch dieses Thema wurde also schon dementsprechend in den Ausschüssen beraten und abgehandelt. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, dass es hier einen Abänderungsantrag gibt der Grünen, der also hier unter anderem darauf abzielt, aber ich denke mir, dass die den wahrscheinlich selber präsentieren wollen. Aber der unter anderem darauf abzielt, also hier viel mehr Geld auszugeben, den Grünmarkt also länger zu sperren und letztlich auch die gesamten Leitungen zu erneuern und dergleichen mehr. Also, das wird es also sein, was in dem Abänderungsantrag vorkommt und ich ersuche also um die dementsprechenden Wortmeldungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 08.03.2019 wird für diverse Tätigkeiten im Zuge des Projektes „Stadtplatz neu“ für den Bereich des Grünmarktes ein Auftragsserhöhung in Höhe von € 155.000,-- (netto) bzw. € 186.000,-- (brutto)

an die „ARGE F.Lang & K.Menhofer Bau GmbH & CoKG, Held & Francke Bau GmbH“ genehmigt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen werden Mittel

in Höhe von **€ 185.832,-- (inkl. anteiliger USt.)**

bei Voranschlagsstelle 5/612000/050000

(Gemeindestraßen – Sonderanlagen; Umsetzung Studie „Stadtplatz neu“)

freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 185.840,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Kollege Hauser hat schon gesagt, es gibt einen Abänderungsantrag zum Punkt 13 der Tagesordnung. Ich darf ersuchen den zu begründen und dann ersuchen, so wie wir es bisher gepflegt haben, den Abänderungsantrag in die Diskussion mit einzubeziehen und am Schluss der Diskussion dann über den Abänderungsantrag abzustimmen und dann über den Hauptantrag. Wenn das so für sie...

Diverse unverständliche Zwischenmeldungen

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bitte? Das ist ein Abänderungsantrag.

Diverse unverständliche Zwischenmeldungen

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Da steht Abänderungsantrag und den Abänderungsantrag werden wir dann abstimmen und dann den Hauptantrag. Aber vielleicht begründet ihr einmal diesen Abänderungsantrag, damit wir wissen...der liegt übrigens auf.

1. Zusatzantrag der Grünen:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 08.03.2019 wird für diverse Tätigkeiten im Zuge des Projektes „Stadtplatz neu“ für den Bereich des Grünmarktes ein Auftragsserhöhung in Höhe von € 155.000,-- (netto) bzw. € 186.000,-- (brutto) an die „ARGE F.Lang & K.Menhofer Bau GmbH & CoKG, Held & Francke Bau GmbH“ genehmigt.

Zusätzlich sind folgende Leistungen zu planen, die ordnungsgemäße Beauftragung der entsprechenden Tätigkeiten vorzubereiten, und diese umzusetzen:

- Erneuerung der Pflasterung im gesamten Bereich des Grünmarkts
- Anhebung der Fahrbahn auf Gehsteigniveau vom vorgesehenen Übergang zum Innerberger Stadel bis zu den Häusern Grünmarkt 16/17, Anschaffung der für die Verkehrssicherheit notwendigen Poller zur Lenkung des Fahrzeugverkehrs
- Angebot an die Träger der unter der Fahrbahn des Grünmarkts liegenden Versorgungsleitungen, diese im Zuge der Bauarbeiten zu sanieren, und Berücksichtigung der eingehenden positiven Rückmeldungen ins Baustellenmanagement

- Die Mehrkosten sind durch gute Planung, gutes Baustellenmanagement und Interessentenbeiträge der Leistungsträger so niedrig wie möglich zu halten. Die grundsätzliche Freigabe von höchstens € 1,0 Mio gilt als Obergrenze.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen werden Mittel

in Höhe von **€ 185.832,-- (inkl. anteiliger USt.)**
sowie bis zu höchstens € 1.000.000,- für die zusätzlichen Leistungen gemäß Ab-
änderungsantrag

bei Voranschlagsstelle 5/612000/050000

(Gemeindestraßen – Sonderanlagen; Umsetzung Studie „Stadtplatz neu“)

freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 185.840,00 zuzüglich bis zu € 1.000.000,- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Meine Damen und Herren, das Thema ist ja sowohl in Gremien wie auch in der Öffentlichkeit bereits ausführlich diskutiert worden. Ich möchte nur auf eines eingehen kurz. In der Vorgeschichte, wenn man nach vor schwenkt, diese Schlagzeile in den Nachrichten, dass die ÖVP und die Grünen eine Großbaustelle haben wollen am Grünmarkt. Um das geht es uns natürlich überhaupt nicht. Wir wollen nur, dass diese notwendigen Arbeiten dort wirklich so gemacht werden, wie das für eine nachhaltige Lösung sinnvoll und notwendig ist. Was mir schon ein bisschen abgeht heute ist, auch wenn das diskutiert wurde, wobei in einem Ausschuss, Liegenschaftsausschuss, war ich ja dabei als Mitglied, es hat dort schon einen Plan gegeben, aber den hat einer der Beamten gehabt und die Abstimmungsberechtigten Teilnehmer, Teilnehmerinnen im Ausschuss haben nicht gewusst, was das jetzt eigentlich alles, und heute wissen wir eigentlich gar nicht, was da geplant ist. Noch dazu mit dem Zusammenhang, dass das ja gar nicht alles ist, was passieren soll und zu bezahlen sein wird. Also, ich gehe einmal davon aus und wir meinen es insofern gut, von der Vorstellung die wir haben aus den Ausschüssen, was da eh geplant ist, bringe ich jetzt das, was wir uns zusätzlich noch vorstellen, weil wir es für nachhaltig notwendig halten. Wenn ich es vorlese, wie es im Antrag und in seiner Begründung ist, sollte das selbstbekehrend sein. Also eingebaut ist das in den Antrag des Stadtsenates und folgende Passagen sind hier zusätzlich gewünscht von uns: „Zusätzlich sind folgende Leistungen zu planen, die ordnungsgemäße Beauftragung der entsprechenden Tätigkeiten vorzubereiten, und diese umzusetzen. Punkt 1) Erneuerung der Pflasterung im gesamten Bereich des Grünmarktes, Punkt 2) Anhebung der Fahrbahn auf Gehsteigniveau vom vorgesehenen Übergang zum Innerberger Stadl bis zu den Häusern Grünmarkt 16/17, Anschaffung der für die Verkehrssicherheit notwendigen Poller zur Lenkung des Fahrzeugverkehrs in diesem angehobenen Bereich, Punkt 3) Angebot an die Träger der unter der Fahrbahn des Grünmarktes liegenden Versorgungsleitungen, diese im Zuge der Bauarbeiten zu sanieren und Berücksichtigung der eingehenden positiven Rückmeldungen ins Baustellenmanagement und Punkt 4) Die Mehrkosten sind durch gute Planung, gutes Baustellenmanagement und Interessentenbeiträge der Leistungsträger so niedrig wie möglich zu halten. Die grundsätzliche Freigabe von höchstens 1 Million Euro gilt als Obergrenze. Begründung für den Abänderungsantrag: 1. Um den Grünmarkt für die Besucher/innen der Landesausstellung 2021, für Bewohner/innen, Gewerbetreibende und Kund/inn/en langfristig ähnlich attraktiv wie den Stadtplatz zu machen und als Wirtschaftsstandort zu sichern, ist eine Aufwertung der Oberflächengestaltung unverzichtbar. Im Bereich der Engstelle bedarf es baulicher Maßnahmen, um Verbesserungen für den Fußgängerverkehr, insbesondere für Reisegruppen und Barrierefreiheit für behinderte

Personen zu erreichen. 2. Alle fachlich für Versorgungsleitungen im Bereich der Inneren Stadt zuständigen Personen haben in den befassten Gremien die Fachmeinung vertreten, dass im Zuge der Fahrbahn- und Gehsteigsanierung des Grünmarktes auch die darunter liegenden Versorgungsleitungen saniert werden sollten. Abgesehen vom unrealistischen Wunsch, Qualität und Sicherheit möglichst ohne Aufwand haben zu wollen, sind für ein Ignorieren dieser einhelligen Fachexpertise durch die Politik keine nachvollziehbaren Gründe ersichtlich. Durch optimales Baustellenmanagement können die Belastungen einer etwas längeren Bauzeit für die Anlieger minimiert werden. 3. Vom Herrn Bürgermeister wurden für eine Generalsanierung Kosten von insgesamt 1,3 Millionen Euro genannt. Aufgrund der Tatsache, dass die im Antrag des Stadtsenates, das habe ich allerdings geschrieben vor der zusätzlichen Anmerkung jetzt vom Herrn Vizebürgermeister Hauser, dass die im Antrag des Stadtsenates beantragte Summe von 185.800 Euro beträchtlich unter früher für dieses Vorhaben genannten Beträgen liegt, ich glaube insgesamt stimmt es trotzdem im Vergleich mit manchen vorher genannten Beträgen, die aber alle natürlich nicht so wirklich abgesichert und durchgerechnet waren. Sowie in Hinblick auf zu führende Verhandlungen über Kostenbeiträge der interessierten Leitungsträger ist davon auszugehen, dass die zusätzlichen Kosten des Abänderungsantrages wesentlich unter 1 Million Euro bleiben werden. Mittelfristig überwiegen durch die Hebung der Standortqualität und durch die Vermeidung unvorhergesehener Bauarbeiten infolge von Leitungsbrüchen auch für die Stadt die wirtschaftlichen Vorteile der Investitionskosten. Und dann in der Passage über die Beträge habe ich eben auch diese 1 Million Euro als Höchstbetrag für diese zusätzlichen Arbeiten noch eingebracht. Ja, das wäre unser Vorschlag. Wir halten das im Sinne einer nachhaltigen Gestaltung auch des Grünmarktes, im Sinne einer Gleichbehandlung auch Stadtplatz und Grünmarkt, ich habe es eh schon ein paar Mal gesagt, aber ich sage es jetzt wieder, weil es hier auch passt. Es ist kein Zufall, dass die besten Geschäfte vom Grünmarkt in die Fußgängerzone ziehen, weil sie dort, es ist dort einfach kundenfreundlicher und wenn man es sich leisten kann, dann zieht man dort hin.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Okay Reinhard, du hast jetzt...

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:
Den Grünmarkt müssen wir auch in ähnlicher Weise gestalten, wenn wir dort wirtschaftlich Zukunft gestalten wollen. Danke.

BÜRGERMEISTER GERADL HACKL:
Gut, das war der Abänderungsantrag in vollem Wortlaut, gleich mit einer Wortmeldung dazu würde ich sagen. Der Referent, bitte Willi.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Zuerst einmal diskutieren lassen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Gut, wir diskutieren den Abänderungsantrag und den Hauptantrag. Wer wünscht das Wort? Kollege Spöck, bitte Markus.

GEMEINDERAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:
Sehr geehrter Gemeinderat, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Ich kann sehr viel abgewinnen dem Zusatzantrag, nicht alles muss ich dazusagen, der von den Grünen gestellt worden ist. Weil auch mir geht es bzw. meiner Fraktion geht es so, dass wir jetzt nicht so genau wissen, was wir jetzt abstimmen. Weil wir haben jetzt unterschiedliche Zahlen, wir haben verschiedene Möglichkeiten und gut, wir wissen jetzt einmal laut Antrag, dass wir jetzt schon 186.000 Euro ausgeben, das ist gut so, das kann ich einmal unterschreiben, das passt auch so. Nur im Ausschuss haben wir gesagt, dass das mehr kostet. Ich lese in den Nachrichten, wo es geheißen hat, das sind aber die ersten 185.000 Euro, die beantragt werden. Dann heißt es im Bauausschuss, es werden circa 300.000 Euro bis 400.000

Euro benötigt. Ich weiß jetzt nicht, ist das jetzt einmal ein Teilbetrag über den wir heute abstimmen, kommt noch...

VIZEBÜRGERMEISTER WILHLEM HAUSER:

Im Amtsbericht steht drinnen, dass es um die Arbeiten geht, um die Arbeiten der Firma Lang & Menhofer.

GEMEINDERAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

Das heißt es kommt ein zusätzlicher Antrag noch einmal in einer derzeit noch unbekanntenen Höhe.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHLM HAUSER:

Weil der Granit gerade im Ausschreibungsverfahren ist.

GEMEINDERAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

Okay, das heißt aber wir gehen davon aus, wenn wir dieses Schema jetzt nachfragen, dass zwischen 300.000 Euro und 400.000 Euro trotzdem der Betrag ist, mit dem wir jetzt einmal rechnen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Habe ich zuerst schon gesagt.

GEMEINDERAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

Gut, dann wissen wir das einmal. Wir wissen auch.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Darf ich nachfragen, warum das dir nicht bekannt ist?

GEMEINDERAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

Weil im Bauausschuss hat es geheißen, es kostet zwischen 300.000 Euro und 400.000 Euro. Und jetzt bekommen wir einen Antrag, der mit 186.000 Euro jetzt einmal dotiert ist. Weil wenn man sich den Akt ansieht, nicht wirklich was drinnen ist, was jetzt einmal gemacht wird oder was auch noch auf uns zukommen wird und wir immer vom Ausschuss davon ausgegangen sind von diesen 300.000 Euro oder 400.000 Euro. Aber ich höre heute es kommt noch ein Antrag. Das heißt, es wird eh noch was kommen, wo wir dann abstimmen können über die weiteren Bereiche. Ich weiß auch, dass es ungefähr 6 Monate dauert, das hat der Herr Vizebürgermeister auch gesagt im Bauausschuss, wenn wir eine erweiterte Baustelle machen, also 5 bis 6 Monate hast du damals gesagt. Und gleichzeitig sagst du auch in der Zeitung, dass also: „Eine größere Baustelle würde eine Sperre von mindestens 6 Monaten erfordern,“ es steht dort schon drinnen, „eine solche Durststrecke können wir den Geschäftsleuten nicht zumuten.“ Ja, wir setzen uns jetzt für die Wirtschaft ein, ich sage nur „Hey“, Herr Vizebürgermeister. Das haben wir nicht immer berücksichtigt gehabt, dass wir uns jetzt auf einmal so einsetzen für die Wirtschaft. Aber gut, mag so sein. Ich finde nur, und das möchte ich jetzt schon sagen, dass wenn wir wissen, dass die Leitungen nicht die neuesten sind, wir wissen auch, dass sie nicht kaputt sind, da hast du vollkommen Recht Herr Bürgermeister, wie du gesagt hast die Leitungen sind nicht kaputt. Wir wissen aber schon von den verschiedenen Leitungsträgern, dass die Leitungen schon sehr, sehr alt sind, manche schon wirklich sehr alt sind. Das heißt, in diesem Wissen, dass in der nächsten Zeit ja doch etwas zu erneuern sein wird, wieviel, was, wissen wir nicht. Aber wir wissen sehr wohl, dass was auf uns zukommen wird. Und das sagst du ja selber auch, drinnen die Leitungen sind nicht kaputt, sind nicht kaputt, auch wenn auf Sicht eine Erneuerung vielleicht gescheiter gewesen wäre, wollen wir niemanden mit Steuergeld unglücklich machen. Das verstehe ich jetzt nicht, weil unter Steuergeld verstehe ich schon das was wir investieren, ganz klar da werden wir einer Meinung sein, aber was ich nicht verstehe ist, wenn wir wissen, dass da was zu machen ist in nächster Zeit und dann bauen wir jetzt einmal einen Teil dabei und nachher graben

wir wieder auf und machen wieder was, dann glaube ich schon, dass das betriebswirtschaftlich so ist, dass das im Endeffekt dann mehr kosten wird, als wenn wir jetzt einmal eine Baustelle machen, das einmal durchziehen und dann im Prinzip sicher Jahrzehntlang wenn nicht noch länger eine Ruhe haben. Und dann das gewisse Einkaufsflair, Wirtschaft, dann natürlich schon gegeben ist. Wir bräuchten dann halt nicht mehr aufgraben und das verstehe ich nicht so ganz, warum man das komplett auf die Seite schiebt. Was mir wirklich Sorgen bereitet ist, dass wir, und ihr müsst euch jetzt einmal vorstellen so ein 30 cm Lineal, das ist nicht sonderlich groß, wir können nur 30 cm hineingraben in diesen Boden, weil 40 cm unter dem Boden schon die erste Gasleitung liegt. So, jetzt graben wir da hinein und in Wirklichkeit geben wir da jetzt einen Beton drauf. Stimmt, lesen wir ja drinnen, 25 cm Betonschicht drauf auf diese Rohe. Ich sage es noch einmal, die nicht kaputt sind, aber die sehr alt sind. Wenn wir die sanieren müssen die Rohre und da wieder hinein müssen, dann ist das ein ungemein mehr und größerer Aufwand als jetzt, wo wir sowieso diese Baustelle schon angreifen und nicht gleich diese Rohre mitmachen lassen können, weil, und das muss man auch einmal da herinnen sagen, sehr wohl die Leitungsträger alle auf uns zugekommen sind. Also wir wissen es von der Energie AG, da gibt es ein Schreiben an das Bauamt wo steht, wir wollen das erneuern, die Leitungen sind alt. Wir wissen es von der LIWEST, auch hier ist es dasselbe. Wir wissen auch, dass die Post die Leitungen über die ganzen Täler zuerst einmal in den Grünmarkt hineinleiten zum alten Wählamt und dann ja auch wieder hinaus, also auch das ist etwas, was alt ist. Kanal ist drinnen, möchten wir gar nicht wissen wie der dann aussieht nach einer gewissen Zeit bzw. das macht mir schon Sorge, das ist für mich speziell, auch die Gasleitungen. Auch von den Stadtbetrieben wissen wir ja, dass die Leitungen auch, also dass auch sie die Leitungen ganz gerne erneuert hätten. So, jetzt geben wir 25 cm Betonschicht drauf und dann warten wir und hoffen natürlich, dass nichts passiert, das ist ganz klar. Aber wenn was einmal ist, dann müssen wir dort hinein, dann müssen wir durch diese Schicht und das kann nicht billig sein. Und ich glaube schon, dass ich sage, nein sie sind nicht kaputt, aber wir könnten sie jetzt wirklich mit austauschen, weil es in einem geht. Und wenn wir sagen, wir können das den Kaufleuten nicht zutrauen. Natürlich ist eine Baustelle nichts angenehmes, überhaupt kein Thema, aber nur wenn wir wissen sowieso was kommt, in einem halben Jahr, kommt es in zwei Jahren, in fünf Jahren, das wissen wir nicht natürlich. Aber dann wissen wir eh nicht, dann haben wir genau dasselbe wieder, dass wir den Grünmarkt teilweise dann gesperrt haben. Und nicht komplett gesperrt, da wird es auch Lösungen geben, dass die Geschäftsinhaber immer zugehen können und die Wohnungsbesitzer, also auch da wird man die Baustelle so leiten können. Ich verstehe es nicht im Wissen, dass was passieren kann. Ihr müsst euch vorstellen, wir rütteln da mit schwerem Gerät drauf und die Leitungen liegen da darunter und wir möchten eigentlich diese Leitungen nicht berühren und nicht ankommen und ja, die werden wahrscheinlich nicht so sein, dass sie besonders strapazierfähig sind. Ich hoffe wirklich, falls das heute beschlossen wird, wirklich allen Ernstes, dass da ja nichts passiert, speziell bei der Gasleitung. Weil dann haben wir nämlich ein gescheites Malheur, dass wir dann wirkliche Kosten haben, alles andere möchte ich gar nicht wissen. Und was mich schon stört daran, es wird im Vorfeld am Grünmarkt, dass das jetzt so gebaut wird oder umgebaut wird. Es gibt noch nicht einmal einen Beschluss vom Gemeinderat, den beschließen wir heute, und im Vorfeld wird schon gesagt was draußen gemacht wird. Es wäre halt gut, wenn wir ein bisschen über die Legislaturperiode hinweg schauen. Das machst du, lieber Herr Bürgermeister, sehr, sehr oft. Ich weiß nicht, warum du das da nicht machst. Das tut mir wirklich leid, weil das ginge jetzt wirklich in einem und das wären Mehrkosten, die wir uns eigentlich auf Sicht oder auf Dauer sparen könnten.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke für den Beitrag. Nur ein Satz von mir. Also wenn wir die Kaufleute informiert hätten, nachdem schon der Beschluss gefasst worden wäre, möchte ich mir den Vorwurf nicht anhören, ist eh schon alles beschlossen, jetzt sagt ihr uns was passiert. Also, da war

schon, warum wir sie vorinformiert haben. Die Leute haben gewusst, dass der Beschluss noch nicht gefasst wurde. Bitte, als nächster zu Wort gemeldet der Kollege Freisais, bitte Herr Gemeinderat.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Ich kann mich den Vorrednern eigentlich im Wesentlichen anschließen, speziell dem Markus. Ich sehe auch das Risiko, dass da noch was auf uns zukommt, wenn man da jetzt einfach nur die schnelle Lösung so zu sagen wählt. Aus meiner Sicht gehört das in einem Aufwischen jetzt gescheit gemacht, dass man dann nicht in einigen Jahren, wenn dann wirklich was Größeres auch passiert, man sich dann hineinbaggern muss. Jetzt ein wenig mehr Geld in die Hand nehmen und dafür eine nachhaltige Lösung, damit eine zukunftsfitte Lösung zu machen. Aus meiner Sicht der richtige Weg und dementsprechend schließe ich mich dem Abänderungs- oder Zusatzantrag an.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, wer wünscht noch das Wort zu diesem Tagesordnungspunkt? Bitte, Vizebürgermeister Zöttl.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Dankeschön. Sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte ein paar Fakten auf den Tisch bringen und nicht nur vom Hineinbaggern und Herausbaggern reden, sondern ich möchte einmal daran erinnern, um was geht es eigentlich. Wir haben hier im Juli 2017 für die Bereicherung der Innenstadt und dass man diese auch attraktiviert, einen Grundsatzbeschluss gefasst. Es hat einige Abänderungsanträge, eben auch von unserer Seite, die ÖVP, Bürgerforum hat auch einen Zusatzantrag gemacht, der die Reduzierung des Durchzugsverkehrs vorgesehen hätte. Die Grünen wollten mit einem Zusatzantrag den autofreien Stadtplatz. Irgendwie habe ich das Gefühl, dass da ein bisschen noch die Vergangenheit ein bisschen mit uns mitschwingt und das jetzt eigentlich ein bisschen, mehr oder weniger, da miteingebaut wird. Damals ist dann trotzdem schlussendlich der Grundsatz, einstimmig möchte ich auch dazu sagen, beschlossen worden, dass der Stadtplatz attraktiviert wird. Ich verstehe die ganze Aufregung nicht ganz. Ich weiß, dass es viele Diskussionen gegeben hat im Vorfeld und das ist auch medial dementsprechend abgehandelt worden. Natürlich, es gibt unterschiedliche Ansichten. In die Zukunft kann keiner schauen, wie weit die Leitungen halten. Aber ich möchte schon auch dazu sagen, wir sprechen von 400.000 Euro, wo wir heute 185.000 Euro beschließen davon oder von 1,5 bis 1,6 Millionen. 6 Wochen Totalsperre oder größer gleich 6 Monate Totalsperre. Um was geht es in dem Bereich? Ich glaube das wissen alle. Der Asphalt wird wegkommen oder sollte wegkommen, speziell bei Gehsteigen, wird durch Granit ersetzt. Es soll eine schönere Oberfläche dadurch entstehen. Wo passiert das? Von der Post Richtung Neutor links und rechts. Die Gehsteige werden an den Bereichen wo sie schmaler sind um 20 cm verbreitert, damit dort auch Kinderwagen, rollstuhlgerecht, dass man dort gehen kann. Auch bei der Engstelle, also diese Engstelle, die beim Grünmarkt herein ist, gleich nach dem Neutor, ist so zu sagen ein barrierefreier Übergang geplant, dass man auf den Museumsplatz, Vorplatz kommt, der sowieso im Zuge des Museumsumbaus errichtet wird. Und gegenüber, auf der anderen Seite wo der Brunnen ist, wird der Belag, also die Granitplatten, dort soweit herausgezogen, wo jetzt noch Asphalt ist. Soll eigentlich dementsprechend behübscht werden. Ich habe natürlich auch den Medien entnommen, dass die 400.000 Euro somit in den Wind geschossen werden. Stimmt nicht ganz die Rechnung, eigentlich überhaupt nicht. Weil wir haben uns natürlich auch angesehen was gemacht wird. Die Vollvariante mit 1,6 Millionen Euro würde alles was jetzt praktisch mit Leuchtstift ist, inklusive der Fahrbahn, beinhalten und in der Fahrbahn so zu sagen die Leitungen auch erneuern. Jetzt habe ich mir natürlich angesehen, wo gehen eigentlich die Leitungen. Jetzt habe ich mir angesehen der Kanal, der Kanal verläuft, der Strang, und der ist in einem guten Zustand und ist eigentlich vor ein paar Jahren erneuert worden,

mitten in der Fahrbahn. Also in einem Bereich, wo wir gar nicht hineinkommen in dieser Variante. Die Hausanschlüsse, und die gehen quer zum Gehsteig, gehen zu den Häusern. Dasselbe ist mit den Wasserleitungen, der Hauptstrang der Wasserleitung geht in der Achse des Grünmarktes. Ebenso die Gasleitungen, Niederdruck- und Hochdruckleitungen gehen in der Achse dort wo wir gar nichts arbeiten, lediglich die Hausanschlüsse. Also es geht um diese Hausanschlüsse. Was aber schon stimmt, was der Markus gesagt hat, wo Leitungen sind, ist an der Ostseite des Gehsteiges, da geht Strom, Beleuchtung, Telekommunikation. Ja, das ist richtig, aber natürlich gibt es auch Überlegungen seitens des Bauamtes, dass diese Hausanschlüsse, wo die so zu sagen den neuen Weg queren, diese wären genau in diesem Bereich. Und wo die Leitungen 80 cm bis 1 m liegen, wo man es weiß, wird keine Platte verlegt sondern lediglich vier Reihen nebeneinander 10 x 10 cm Kopfsteinpflaster, welches wesentlich leichter zu erneuern ist oder auszugraben ist, damit man genau diese Leitungen, die nicht so tief liegen, bearbeiten kann. Und das Problem sind nämlich die großen Platten, die so zu sagen erneuert werden müssen. Und die werden wirklich ein Problem. Im Grunde genommen würde auch bei der Vollvariante, wenn später wirklich einmal was brechen sollte, müsste die Fläche, die jetzt gemacht wird, nur zu einem minimalen Teil wieder erneuert werden. Außer der Übergang beim Nadelöhr so zu sagen, bei der Einfahrt in den Grünmarkt, das stimmt. Ich möchte mich da bei der Fachabteilung, auch für das Mitdenken, was die Pflasterung betrifft, bedanken und das ist auch eine gewisse Weitsicht, weil da auch so Eventualitäten von mir einfließen. Jene Leitungen, die tiefer liegen, also das ist Wasser, Kanal, die auch den Gehsteig queren, die könnte man nachträglich, damit man auch nichts weggeben muss, unteres Niveau bohren. Und da gibt es auch ein Verfahren das nennt sich „Schießen“, ich kenne es leider selber nicht, aber mir erscheint es logisch. Somit müsste der Gehsteig auch nicht entfernt werden. Das Problem sind die Leitungen, die in der Achse des Gehsteiges parallel dazu verlaufen. Ich habe mich erkundigt und habe auf meine Frage die Rückmeldung bekommen, dass diese Leitungen, die so zu sagen an der Ost-Kante verlaufen, wenn die nachträglich verlegt werden, könnte man eine neue Leitung als Bypass unter die Fahrbahn legen, wenn es so weit wäre, und so zu sagen die weglassen. Wäre eigentlich das kleinere Problem und wäre auch keine Tragik. Ich bin der Meinung, dass diese 400.000 Euro, die das kostet, bei weitem nicht in den Wind geschossen wären, sondern die wären genauso in Wirklichkeit von den 1,6 Millionen abzuziehen. Weil das ist ja nicht deswegen verlorene Liebesmühe, sondern eine Investition, die ja bleibt. Ich glaube, wenn man es so betrachtet, muss man eigentlich sagen, ist es sehr gut durchdacht. Sicherlich mit Möglichkeiten und Eventuellem behaftet, aber ich glaube, wenn man es sich genau ansieht, kommt man darauf, dass das in Wirklichkeit eine geschickte Lösung ist.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Zu Wort die Kollegin MMag. Frech, bitte Michaela.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Wenn man den Ausführungen meines Vorredners folgt, dann klingt das ja alles sehr logisch, sehr schlüssig. Wenn man dann aber diese Woche Dienstag in der Aufsichtsratssitzung der SBS sitzt und zwei Aufsichtsratsmitglieder, nämlich der Kollege Kaufmann und ich, in genau diesem Aufsichtsrat, wo es auch um Gaswerke, Wasserwerke etc. geht und eine simple Frage stellen, wo es in genauem Zusammenhang mit diesen Leitungen, Kosten etc., und dann verwiesen wird, das werden wir schon im Gemeinderat diskutieren, sogar relativ emotional diese Aussage kommt, dann fragt man sich schon warum. Kollege Kaufmann stellt eine wirklich sachliche Frage, ich stelle eine wirklich unemotionale, sachliche Frage. Und an manchen Reaktionen in diesem Haus merke ich dann immer, irgendwas passt da nicht. Wir sind dann

noch beruhigt worden. Zum Thema Leitungen hat es geheißen seitens der Politik: „Die Experten sagen das ist alles kein Thema, da wird nichts passieren. Und wenn da wirklich einmal die eine oder andere Leitung, dann doch vielleicht etwas herzurichten ist, dann wird man das machen, dort aufgraben, man braucht sich keine Sorgen machen.“ Genau da habe ich begonnen mir Sorgen zu machen. Denn immer wenn es emotional wird, dann habe ich die Erfahrung in diesem Haus gemacht, da passt was doch nicht so ganz. Ich habe mir dann am Mittwoch den Akt angesehen von diesem Tagesordnungspunkt, über den wir heute diskutieren und habe in diesem Akt nur den Amtsbericht gefunden. In jedem Akt findet sich immer irgendetwas, E-Mail Verkehr oder Sonstiges. Also rein nur der Amtsbericht, das ist etwas ganz Seltenes. Und nachdem hier argumentiert worden ist, Experten haben sich das angesehen, kann gar nichts passieren, habe ich mich gefragt, wer sind denn diese Experten. Ich habe mich dann noch einmal in Verbindung gesetzt mit den Stadtbetrieben, mit dem Herrn Mag. Hochgatterer als Geschäftsführer, und habe gesagt, ich wüsste bitte gerne ein bisschen mehr über diese Leitungen, wie alt die sind und so weiter. Dann hat er gemeint: „Ja, da gibt es schon einen E-Mail Verkehr an den Magistrat, an die Magistratsdirektion, aber er bitte um Verständnis, dass er mir den jetzt nicht gäbe, ich möge mich an die Magistratsdirektion wenden.“ Im Prinzip ging ich davon aus, dass ich als Aufsichtsratsmitglied sehr wohl auch das Recht hätte, mich über all diese Angelegenheiten zu informieren. Weil wenn jetzt tatsächlich etwas passiert, ich glaube jeder von uns weiß, dass ein Aufsichtsrat auch etwas hat in Zusammenhang mit Haftung, mit einer großen Haftung. Und ich bin mir dieser Haftung bewusst. Dann habe ich mich weiter informiert. Und was ich da jetzt mitbekommen habe, muss ich ihnen ganz ehrlich sagen, ist für mich wirklich etwas, was nicht passieren dürfte. Weil ich finde jedes Mitglied in diesem Gemeinderat müsste diese Information haben, bevor es abstimmt. Wenn man dann sagt, gut wir nehmen das in Kauf, was wir wissen, wir stimmen anders ab, gut. Aber jeder hat dieselbe Information. Und damit steigt die Qualität seiner Entscheidung. Ja, welche Experten haben sich damit beschäftigt? Externe hat es jedenfalls nicht gegeben. Es gibt kein Sachverständigengutachten, dass etwas passieren könnte oder dass nichts passieren könnte. Es gibt aber sehr wohl eine Information, die bereits im November, bevor noch diese Bauausschusssitzung war, von der der Kollege Spöck gesprochen hat, und wo man im Bauausschuss anscheinend nur so ein bisschen informiert hat, es passt eh, die sind halt alt, aber doch in Ordnung, gab es bereits ein E-Mail. Nachdem heute in diesem Haus bereits einmal ein E-Mail verlesen worden ist, werde ich dieses E-Mail auch verlesen, damit sie alle diese Information haben. Und damit sie dann hoffentlich diesem Zusatzantrag, den wir jetzt dann einbringen werden, gemeinsam ÖVP Bürgerforum und die Grünen, dass sie dem bitte zustimmen. In ihrer Verantwortung als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte dieser Stadt, die sie haben. Bezüglich, das Schreiben ist gegangen an den Baudirektor, der nämlich die Frage gestellt hat, wie schaut denn das jetzt aus mit den Gas- und Wasserleitungen Grünmarkt, bereits im November 2018. „Die bestehende Wasserleitung stammt aus dem Jahr 1976 und wurde seinerzeit als Gussform errichtet. Das Errichtungsjahr der Gasleitung, ebenso aus Gussform errichtet, lässt sich leider nicht genau erheben. Es steht lediglich fest, dass eine Teilsanierung, also bitte das ist jetzt nicht das Jahr, das jetzt kommt von der Errichtung, sondern der Teilsanierung, das heißt da gibt es Leitungen, die sind sehr, sehr viel älter und vielleicht gar nie saniert worden, das weiß man nicht, da hat es unterschiedliche Zeiten dafür gegeben. Aber eine Teilsanierung im Bereich Neutor Museum im Jahr 1961 bis 1966 erfolgte. Wir reden da von einem Zeitraum von mehr als einem halben Jahrhundert zurück. Die restliche Leitung am Grünmarkt besteht aus Gussform mit Schraubverbindungen, welche nicht zeitgemäß sind (eventuell auftretende Undichtheiten bei den Schraubmuffen). Prognose über die noch zu erwartende Lebensdauer kann nicht abgegeben werden. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass sowohl die Gas- als auch die Wasserleitung regelmäßig durch die Mitarbeiter der SBS kontrolliert werden, aber nicht saniert, kontrolliert.“

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Sollens sie sie jeden Tag sanieren?

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Nein, aber sie sind seit 1966 nicht mehr saniert worden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Das haben wir im Gemeinderat ja kundgetan. Da hat es eine Anfrage vom Kollegen Prack gegeben.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Herr Bürgermeister, es ist jedem einfachen Gemeinderatsmitglied glaube ich gestattet, seine Ausführungen zu beenden, du hast jederzeit die Möglichkeit, dich zu Wort zu melden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Die Fakten wurden hier schon präsentiert im Gemeinderat.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
„Sollte im Bereich Grünmarkt eine Oberflächensanierung erfolgen, erscheint es sinnvoll, die derzeit bestehenden Gas- und Wasserleitungen einschließlich Hausanschlüssen zu erneuern.“ Ich habe dieses Schreiben bekommen, nachdem ich den Herrn Magistratsdirektor gebeten habe, mir dieses Schreiben zu geben, weil ich wusste, dass es existiert. Hätte ich nicht gewusst, dass es existiert, hätte ich nicht einmal danach fragen können. Er hat es mir auch gegeben. Allerdings habe ich mich dann kurz gefragt, warum ich da nur eine Seite habe, weil normalerweise enden E-Mails mit „Mit freundlichen Grüßen“, „Beste Grüße“, sonst etwas, das kann nicht der letzte Satz gewesen sein. Auf Nachfrage habe ich jetzt noch die zweite Seite bekommen. Jetzt könnte man sagen, die hat man nicht mehr hergeben müssen, weil da steht wahrscheinlich nur „Mit freundlichen Grüßen“. Nein, da steht ein ganz wesentlicher und wichtiger Satz: „Gleichzeitig muss darauf hingewiesen werden, die Vergangenheit hat es uns gezeigt!, dass bei der Verdichtung der Oberfläche in Folge Bautätigkeit mit Folgeschäden, sprich Rohrbrüchen an den Gussleitungen in Folge Erschütterungen, zu rechnen ist.“ Und jetzt kommen erst die lieben Grüße. Und vor dem Hintergrund, und ich habe ihnen dieses E-Mail nicht auszugsweise vorgelesen, also wenn ich das weggelassen hätte, hinzugefügt hätte, Eins zu Eins. Bei diesem Hintergrund wäre es grob fahrlässig, diese Leitungen jetzt nicht zu sanieren. Erstens einmal aus Sicherheitsgründen, das sollte glaube ich jetzt jedem klar sein. Hinzu kommt, ich bin kein Experte für Leitungen, ich bin keine Technikerin, aber was mir jetzt schon gesagt worden ist, und das ist auch das Gefährliche daran, die Leitungen sind dadurch, dass sie aus unterschiedlichen Zeiträumen stammen, auch mit unterschiedlichsten Materialien, das heißt manche werden vielleicht noch länger halten, manche nicht. Und dieses Risiko, denke ich mir, sollten wir auf keinen Fall eingehen. Weil da geht es um die Sicherheit von den Bewohnerinnen und Bewohnern dieser Stadt. Und zum Thema Gas und Wasser, Gasexplosion, da will ich nicht den Teufel an die Wand malen. Das ist unsere Verpflichtung hier zu sanieren. Und wenn sie schon nicht das Thema Sicherheit überzeugt, wobei ich davon ausgehe dass sie jetzt zumindest von dem Thema überzeugt sein sollten. Wie gesagt, ich bin keine Experte und keine Expertin, aber im Zusammenhang mit Rücksprachen auch mit Bereichsleitung der SBS und die Reaktion im letzten Aufsichtsrat hat klar gezeigt, dass jene, die sich da auskennen, schon der Überzeugung sind, dass hier unbedingt etwas gemacht gehört, das ist ganz klar. Das sage nicht ich, das sagen, wie gesagt, die Experten die wir im Hause haben bzw. bei den SBS. Und wenn sie schon das Thema Sicherheit nicht überzeugt, wovon ich aber ausgehen würde, dann sollten sie zumindest auf das Geld des Steuerzahlers schauen. Weil eines ist schon klar, jetzt aufzugraben und die Leitungen nicht zu sanieren um dann das Ganze wieder machen zu müssen, da weiß jeder von uns, was das letztlich kostet. Das kostet den Steuerzah-

ler dann doppelt so viel und dreifach so viel. Und für die Bewohnerinnen und Bewohner ist es unangenehm erstens das Gefühl zu haben, man weiß nicht, wann das passiert und dann ständig vielleicht eine Baustelle zu haben, weil dann doch aufgrund der Erschütterungen etc. tatsächlich etwas gemacht werden muss. Mir kommt das schon sehr nach einem „Schildbürgerstreich“ vor, wenn ich um sehr viel Geld jetzt etwas saniere, eine Neugestaltung mache und dann sage: „Die Leitungen, die mehr als ein halbes Jahrhundert nicht mehr saniert worden sind, die lasse ich so, wie sie sind.“ Statt froh zu sein, dass bis jetzt nichts war. Also, ich verstehe das nicht, meine geschätzten Damen und Herren, wirklich nicht. Und ich ersuche sie wirklich eindringlich, diesem Zusatzantrag, den wir gemeinsam einbringen ÖVP Bürgerforum und Grüne, die Zustimmung zu geben, damit wirklich nichts passiert. Weil ich möchte, und da möchte ich abschließen mit der Wortmeldung vom Kollegen Spöck, also ich möchte nicht dann die Person sein, die das zu verantworten hat, wenn etwas passiert. Und das einzige Argument, das wirklich dagegen spricht gegen die Sanierung, ist diese Sperre, die man nicht zumuten will. Wenn man eine effiziente Baustelle hier macht und effizient arbeitet, dann wird man mit Sicherheit nicht diese 6 Monate brauchen. Das hat man heute in den Raum gestellt, damit man hierfür die Zustimmung erhält, das anders zu machen. Und ich muss ganz ehrlich sagen, ich habe in den letzten Jahren selten etwas so in diesem Gemeinderat erlebt, wo man die Gemeinderatsmandatäre nicht wirklich informiert zu dem Thema, wo man auch im Aufsichtsrat darüber eigentlich nicht großartig reden darf, wo im Prinzip es heißt, die Experten haben, und dann kommt man darauf, da hat es gar keine Experten gegeben, die das befürworten, ganz im Gegenteil. Und eines ist mir auch klar, spätestens in dem Moment, wo mir ein Beamter oder eine Beamtin sagt, ich habe mich abgesichert, ich habe alles dokumentiert, weil ich möchte nicht, dass es dann heißt, ich habe als Beamter oder Beamtin versagt, ich habe alles dokumentiert, ich habe die Politik darauf hingewiesen. Aber wenn die Politik nicht auf mich hört, was soll ich denn tun. Also ich bitte sie wirklich diesem Zusatzantrag, den wir jetzt einbringen, die Zustimmung zu geben. Ich übergebe ihn dir Herr Bürgermeister und zwar geht es darum, dass wir die Erneuerung der Pflasterung im gesamten Bereich des Grünmarktes vornehmen und zwar soweit bei Sanierung der Versorgungsleitungen auch notwendig. Das Angebot an die Träger der unter der Fahrbahn des Grünmarktes liegenden Versorgungsleitungen, diese im Zuge der Bauarbeiten zu sanieren und Berücksichtigung der eingehenden positiven Rückmeldungen ins Baustellenmanagement. Und die Mehrkosten sind durch gute Planung, gutes Baustellenmanagement und Interessentenbeiträgen der Leitungsträger so niedrig wie möglich zu halten. Die grundsätzliche Freigabe von höchstens 1 Million Euro gilt als Obergrenze.

Unverständliche Zwischenmeldung von Bgm. Hackl

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Nein, das ist ein Zusatzantrag. Nein, Herr Bürgermeister.

Unverständliche Zwischenmeldung von Bgm. Hackl

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Erklär das.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Und darf ich, ohne dass du mir ins Wort fällst...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Ich habe ja nur gefragt.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Es geht um einen Zusatzantrag.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Zu was?

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Zum Hauptantrag, Herr Bürgermeister. Und Zusatzantrag deshalb Herr Bürgermeister, weil der Antrag über den Hauptantrag hinausgeht. Wir sind ja mit dem Hauptantrag einverstanden, dass Arbeiten am Grünmarkt passieren. Was hier erwähnt zusätzlich ist, dass im Zuge von Sicherheit und Schonung des Steuergeldes eine Sanierung von Wasserleitungen und Gasleitungen erfolgt. Deshalb ist das ein Zusatzantrag. Und wir bringen diesen Zusatzantrag hiermit ein. Und der unterscheidet sich nicht von dem Antrag, nur in einem Punkt von dem Antrag, der bereits eingebracht worden ist vom Kollegen Kaufmann. Der einzige Punkt oder Kompromisslösung ist, dass wir sagen als Fraktion ÖVP Bürgerforum, dass wir diese Poller, die sie vorgesehen hätten, nicht haben möchten. Aber das ist eine aus unserer Sicht nicht so wesentliche Frage. Das heißt, es gibt jetzt diesen Zusatzantrag der unterschrieben ist auch von den Grünen, ÖVP und Bürgerforum, und der dann abgestimmt werden wird, Herr Bürgermeister, nach dem Hauptantrag, weil er ein Zusatzantrag ist gemeinsam oder von der Reihenfolge her auch zweiter Zusatzantrag. Es gibt keinen Abänderungsantrag Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der Abänderungsantrag, der da ausgeteilt worden ist, ist somit zurückgezogen.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Nein, es ist ein Zusatzantrag.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ihr nennt den Abänderungsantrag jetzt Zusatzantrag, weil er jetzt abgeändert wurde. Ist das die Botschaft?

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Nein, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich verstehe es nicht, aber das ist eine Juristengeschichte.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Ich möchte jetzt, Herr Bürgermeister, bevor du das jetzt alles ins Lächerliche ziehst.

Allgemeine Unruhe

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Das vom Kollegen Kaufmann, die Juristen im Hause haben befunden, der Abänderungsantrag von den Grünen soll ein Zusatzantrag sein.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das musst du ja dazusagen, das weiß ja niemand, was du da gerade sagst. Und ich auch nicht.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Es ist auch nicht unser Antrag gewesen, es war der Antrag der Grünen. Unser Antrag ist ein Zusatzantrag, ist rechtlich auch ein Zusatzantrag und ich ersuche jetzt wirklich, Herr Bürgermeister, sich nicht um irgendwelche semantische Geschichten zu kümmern, sondern darum zu kümmern, dass die Sicherheit in dieser Stadt und die Schonung des Steuergeldes Vorrang hat. Und darum geht es in diesem Fall. Um die Sanierung der Wasserleitungen und Gasleitungen im Zuge der Baumaßnahmen. Das ist der springende Punkt und da würde ich schon davon ausgehen, dass der hohe Gemeinde-

rat in diesem Zusammenhang seine Zustimmung geben wird, anhand dessen, was hier heute auch gesagt worden ist.

Folgender 2. Zusatzantrag des ÖVP Bürgerforums und der Grünen wurde direkt in der Sitzung eingebracht:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 08.03.2019 wird für diverse Tätigkeiten im Zuge des Projektes „Stadtplatz neu“ für den Bereich des Grünmarktes ein Auftragserhöhung in Höhe von € 155.000,-- (netto) bzw. € 186.000,-- (brutto) an die „ARGE F.Lang & K.Menhofer Bau GmbH & CoKG, Held & Francke Bau GmbH“ genehmigt.

Zusätzlich sind folgende Leistungen zu planen, die ordnungsgemäße Beauftragung der entsprechenden Tätigkeiten vorzubereiten und diese umzusetzen:

- Erneuerung der Pflasterung im gesamten Bereich des Grünmarkts, soweit bei Sanierung der Versorgungsleitungen notwendig.
- Angebot an die Träger der unter der Fahrbahn des Grünmarkts liegenden Versorgungsleitungen, diese im Zuge der Bauarbeiten zu sanieren, und Berücksichtigung der eingehenden positiven Rückmeldungen ins Baustellenmanagement.
- Die Mehrkosten sind durch gute Planung, gutes Baustellenmanagement und Interessentenbeiträge der Leitungsträger so niedrig wie möglich zu halten. Die grundsätzliche Freigabe von höchstens € 1,0 Mio gilt als Obergrenze.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen werden Mittel

in Höhe von **€ 185.832,-- (inkl. anteiliger USt.)**

sowie bis zu höchstens € 1.000.000,- für die zusätzlichen Leistungen gemäß Abänderungsantrag

bei Voranschlagsstelle 5/612000/050000

(Gemeindestraßen – Sonderanlagen; Umsetzung Studie „Stadtplatz neu“)

freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 185.840,00 zuzüglich bis zu € 1.000.000,- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, als nächstes zu Wort gemeldet der Gemeinderat Kaliba, bitte Thomas.

GEMEINDERAT THOMAS KALIBA:

Geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, werte Gäste. Jetzt weiß ich gar nicht, was ich sagen kann, Hauptantrag, Zusatzantrag, Abänderungsantrag. Ich kenne mich nicht mehr aus. Ich hoffe die Juristen bringen da Licht in dieses Gewirr. Wo ich mich schon auskenne ist bei Wasserleitungen. Wie ihr wisst, bin ich gelernter Installateur, habe auch die Meisterprüfung im Wasserbereich und mich stört das schon ein bisschen, was die Frau Frech jetzt da versucht zu inszenieren da heraußen, weil ich glaube es geht um die Entscheidung, macht man jetzt diese vorgeschlagenen Maßnahmen am Grünmarkt mit einer relativ kurzen Sperre und in einem überschaubaren Kostenrahmen oder macht man eine Generalsanierung. Das kann man jetzt als Techniker natürlich so sehen, dass eine Generalsanierung, wenn alte Leitungen drinnen sind, ihren Reiz hätte. Aber es geht jetzt da nicht nur um technische Überlegungen, es geht sehr wohl, ich glaube, dass das ein sehr sensibler Bereich ist am Grünmarkt, die Platzverhältnisse sehr eingeschränkt sind. Und

diese Sperre würde glaube ich auf die Geschäfte oder auch auf dieses Leben am Grünmarkt sehr große Auswirkungen haben. Nur auf das ist ja nicht so wirklich eingegangen worden. Es ist versucht worden, uns da herinnen Angst zu machen, mit einem E-Mail wo Sachen drinnen stehen, die bestimmt alle richtig sind. Nur das beschränkt sich in keinsten Weise rein auf den Grünmarkt. Ich war 10 Jahre selbst beschäftigt im Wasserwerk. Wir haben in Steyr ein sehr altes Wasserleitungsnetz zum Teil, gerade im Innenstadtbereich herinnen, wo viele Bereiche noch nicht saniert worden sind. So wie das jetzt dargestellt wird, muss sich jetzt jeder fürchten, dass vielleicht morgen ein Rohrbruch passiert. Das stimmt in keinsten Weise. Alle diese angesprochenen Gussmaterialien, dass bei jeder Baustelle unweigerlich da ein Schaden auftritt, ist glaube ich auch nicht richtig. Natürlich, wenn ich jetzt einen Kanal saniere unter einer Gussleitung und das vielleicht im rechten Winkel quere und es kommt zu einer Setzung besteht schon die Gefahr, dass der Bauguss bricht. Aber man gräbt ja gar nicht unter die Wasserleitung hinein. Darum glaube ich, passieren kann natürlich immer was, aber das jetzt zu verklicken und uns Angst zu machen. Es hört nämlich auch nicht an der Grundstücksgrenze auf. Diese Alter, die beschrieben worden sind, von den Leitungen, die ziehen sich ja in den Häusern weiter fort und das was sie da machen ist aber auch den Hausbesitzern quasi jetzt auszurichten: „Macht was, weil sonst fliegt euch das um die Ohren und ihr habt in den nächsten Wochen oder Monaten einen Rohrbruch.“ Das können wir nicht sagen. Und meine Lehrzeit habe ich in Mönichholz verbracht, gebaut worden ab dem Jahre 1939. In den Wasserleitungen sind verzinkte Wasserleitungen verwendet worden und ja die sind zum Teil bis heute drinnen und es gibt natürlich gelegentlich Rohrbrüche. Sebekstraße, die geraden Hausnummern, sind circa vor 30, 40 Jahren hingestellt worden, auch mit verzinkten Wasserleitungen, die sind um die Hälfte jünger und die Rohrbrüche sind genauso. Weil man es nicht sagen kann, weil die Materialien von der Qualität nicht unbedingt besser geworden sind. Und wir haben auch in der Stadt gewisse Bereiche, die schon saniert worden sind wassertechnisch. Wo PVC-Rohre drinnen sind, wo wir auch nachher draufgekommen sind, das ist nicht unbedingt der Weisheit letzter Schluss, die werden mit der Zeit spröde und sind dann bei weitem anfälliger wie alte robuste Gussleitungen. Also, man kann schon darüber diskutieren Maßnahmen gleich zu machen oder nicht, aber da herinnen Angst zu machen, das glaube ich ist nicht sehr korrekt. Nämlich auch nicht den Besitzern der Liegenschaften gegenüber und das betrifft nicht nur den Grünmarkt sondern das betrifft, sage ich einmal, ganz Steyr.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön, nächster Redner Gemeinderat Pichler, bitte.

GEMEINDERAT UWE PICHLER:

Zur Geschäftsordnung eine Frage. Wir haben jetzt einen Abänderungsantrag, wir haben einen Zusatzantrag, den wir noch nicht einmal haben. Da würde ich auch bitten, dass wir den bekommen. Wir haben einmal einen Konsens gehabt, dass man den vorher hat und nicht unbedingt jetzt unter der Sitzung dann durchlesen muss, wenn man über so ein wichtiges Thema abstimmt. Also ich würde einmal gerne bitte von den Juristen wissen, welchen Antrag diskutieren wir jetzt? Und von der Grünen Fraktion würde ich gerne wissen, wenn sie einen Abänderungsantrag und einen Zusatzantrag zum Hauptantrag einbringen, über welchen wollen wir dann abstimmen? Das ist unlogisch. Weil wenn ich einen Abänderungsantrag zu einem Hauptantrag einbringe, dann bin ich mit dem Hauptantrag nicht zufrieden und dann bringe ich trotzdem noch einen Zusatzantrag ein. Das verstehe ich jetzt nicht ganz. Bitte um Aufklärung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das deckt sich mit meiner Frage vorhin. Herr Magistratsdirektor, bitte.

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

Geschätztes Präsidium, geschätzter hoher Gemeinderat. Es ist heute so ein Tag, an dem sich alle Juristen vom Hause, die hier in diesem Saal sind, einig sind. Wir haben uns das angesehen und es ist bei beiden Anträgen, sind das eindeutig Zusatzanträge, denn beide Anträge führen im ersten Absatz die Schlussformel vom Hauptantrag aus und alles andere ist zusätzlich. Das heißt, es ist zuerst über den Hauptantrag abzustimmen und dann über die Zusatzanträge.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Okay, das heißt wir haben zwei Zusatzanträge, die wir mit in die Verhandlung einbeziehen.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Das habe ich gesagt Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Glaube ich nicht. Wir werden das dann ja nachlesen können. Wir gehen weiter in der Diskussion. Danke für die Klarstellung Herr Magistratsdirektor. Die Kollegin Kattnigg ist dran. Entschuldigung Wolfgang, vorher schon gemeldet.

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG BA (FH):

Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren. Ich fühle mich natürlich, liebe Michaela, von diesem Thema auch angesprochen, weil ja am Dienstag ja Aufsichtsratssitzung der Stadtbetriebe Steyr war und ich stellvertretende Vorsitzende der Stadtbetriebe Steyr bin. Aber grundsätzlich wenn ich mir jetzt die ganze Diskussion jetzt in diesem hohen Haus so anhöre, möchte ich einmal generell eines festhalten. Erstens einmal zu dir, ich bin in meiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzende-Stellvertreterin mir meiner Verantwortung und meiner Haftung sehr wohl bewusst. Mehr als dem lieben Herrn Vizebürgermeister Hauser oft lieb ist, weil ich sehr viele Themen hinterfrage. Und es gab am Ende der Aufsichtsratssitzung natürlich eine Diskussion auch zu diesem Thema und da kann ich dir nur sagen, ich vertraue, was da jetzt so theatralisch von dir festgestellt wurde zur Sanierung, ich vertraue unserem Baureferenten, der das wirklich fachlich fundiert dargestellt hat, was da saniert wird und welche Möglichkeiten man hat. Ich vertraue auch den Beamten, weil denen stellst du eigentlich das Misstrauen aus, dass sich die da nicht auskennen und der Schriftverkehr der überall, ich kann das jetzt nur aus der Ferne sagen, herumgewirbelt ist. Und ich sage auch noch eines, ich habe einfach, du hast auch gesagt, du bist fachlich nicht fundiert, um gewisse Themen zu beurteilen, würde ich auch nicht behaupten, ich kann nur sagen, ich habe ein Haus gebaut, ich habe gesehen, welche Leitungen in meinen Keller hineingelegt werden, habe halt einen gewissen Hausverstand. Aber ich verlasse mich auf die fundierten Aussagen der Baubehörde, der Bausachverständigen, des Baureferenten, was wann zu machen ist. Und ich denke vor allem, und das habe ich auch ganz klar in dieser Runde gesagt, im Aufsichtsrat der Stadtbetriebe Steyr, ich denke auch an die Kaufmannschaft. Und ich sage das jetzt auch mit Hausverstand, die 6 Monate, wenn da alles ausgebessert wird, also die ganzen Verrohrungen neu gelegt werden, das ist für mich realistisch, wenn es nicht sogar noch länger dauert. Und was würde das für zum Beispiel einen SCHANDA bedeuten, wenn gesperrt, weil es ist eine Totalsperre, ich wüsste nicht, wie man sonst umleiten soll den Verkehr oder soll man jetzt fliegen oder wie sollen die Geschäfte bestückt werden. Also das frage ich mich wirklich. Da muss man glaube ich sehr wohl auch an den Handel denken. Und das ist eigentlich mein persönlicher Zugang und du hättest auch die Möglichkeit, und das sage ich dir jetzt auch als Mitglied des Aufsichtsrates, du hättest auch die Diskussion noch erweitern können und sagen können, es ist für mich noch nicht Ende der Aufsichtsratssitzung, es gibt den Vorsitzenden und ich hätte dazu noch wichtige Punkte zu sagen. Und ich finde es auch legitim wenn gesagt wird, das Thema wird hier noch im Gemeinderat diskutiert und es wurde hier auch schon ausreichend diskutiert, und wird vielleicht auch noch weiter diskutiert. Das ist meine Stellungnahme.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Als nächster Redner Gemeinderat Zöttl, bitte Wolfgang.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG ZÖTTL, BED:

Werte Damen und Herren. Ich wollte jetzt genau das Gleiche ansprechen, was meine Kollegin angesprochen hat. Ich finde es auch traurig, wenn wir die Aussagen vom Baustellenmanagement am Abänderungsantrag wie es da steht oder Zusatzantrag, wie ich jetzt gehört habe, heißt jetzt auf einmal, dass das in Frage gestellt wird, wenn das Baustellenmanagement das sagt. Das dauert ein halbes Jahr, dass das auf einmal von verschiedenen Fraktionen in Frage gestellt wird und man sagt, das kann man alles besser machen, das dauert kein halbes Jahr. Also das ist genau das Gleiche, was du jetzt gerade gesagt hast. Und das Zweite was meine Frage ist, bei dem Abänderungsantrag oder Zusatzantrag ist, wie der Herr Mag. Kaufmann da schreibt oder auch gesagt hat, bis zu einer Million Höchstgrenze. Also, das verstehe ich mit meinem Hausverstand und meinem technischen Verstand nicht. Wie soll das funktionieren. Wir haben vorher Zahlen bekommen von meinem Bruder, wo wir reden von einer Größenordnung von 1,6 Millionen. Jetzt kommt ein Abänderungsantrag bis zu einer Höhe von 1 Million. So, das erklären sie mir jetzt Herr Kaufmann, wie soll das funktionieren? Ich grabe alles auf und sage „Hoppala“, jetzt habe ich eine Million, jetzt müssen wir aufhören. Das ist aus meiner Sicht ein Schwachsinn, ich kann nicht sagen Höchstgrenze 1 Million. Wenn ich so eine Baustelle anfangen, dann muss ich sie von Anfang an bis zum Ende durchziehen und kann nicht sagen bei einer Million, ich ziehe jetzt ein Limit ein, da mache ich nichts. Also das geht nicht. Wollt ihr dann die Löcher offen lassen und sagt, jetzt müsst ihr drüber steigen, bis wir wieder ein Budget beschließen, bis wir wieder ein Geld haben. Also so einen Schwachsinn mit einer Million kann ich nichts abgewinnen. Danke.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön, gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Prack, Entschuldigung.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Werter Gemeinderat. Es wird ja leider nichts bringen, weil die Fraktionen sich immer an ihren Fraktionszwang halten. Aber was man da gehört hat, für mich ist schon ganz klar, da liegt was drinnen, wo wir in Wahrheit nicht wissen, was herauskommt. Die einen sehen es so, die anderen so. Da hören wir die Experten und die Experten. Und wenn die einen recht haben, dann ist das ein Problem und zwar ein massives. Und wir wissen nicht, welcher Experte da Recht hat. Ich will keinem unterstellen, dass er irgendwie in böser Absicht handelt. Aber es gibt auf jeden Fall Leute die sich auskennen, die sagen, da gibt es ein Problem. Die sollte man vielleicht nicht ignorieren, weil wenn man die ignoriert, dann haben wir ein massives Problem. Und das Zweite, was ich auch nicht verstehe ist diese Geschichte mit der Sperre. Wir könnten, natürlich ist sie unangenehm, gar keine Frage, aber wenn wir eine Sperre geplant haben, ist die wesentlich angenehmer, weil man kann sie eben planen. Und wahrscheinlich auch kürzer halten, als wenn wir bei jedem einzelnen Leitungsschaden, der prognostiziert ist, wo die Leute sagen null bis fünf Jahre, vielleicht haben wir Glück und es haltet zehn, das wissen wir halt nicht. Dann haben wir Stück für Stück immer wieder eine Baustelle und auch da wird mit Sicherheit eine Zeit lang gesperrt werden müssen. Und die Gesamtlänge der Sperre, das geht sich logisch in meinem Hirn nicht aus, kann nicht kürzer werden, wenn wir ungeplante Baustellen haben. Also, das verstehe ich nicht. Und was so die Geschäftsleute davon haben, wenn sie nicht wissen wann die Sperre kommt und wenn sie nicht wissen wann die nächste kommt, und wie lange das insgesamt dauert. Das kapiere ich nicht. Da sind sie doch besser dran wenn sie wissen, von da bis da gibt es ein Problem, als wenn wir sagen, ja irgendwann gibt es das Problem. Und dann haben wir natürlich auch noch möglicherweise das Problem, genau

dann wenn wir es am wenigsten haben wollen, nämlich mitten in der Landesausstellung. Auch davor sind wir natürlich überhaupt nicht gefeiert. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nächster zu Wort gemeldet Kollege Mayrhofer, bitte Gunter.

GEMEINDERAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrte Damen und Herren. In dieser sehr emotionell geführten Diskussion glaube ich wäre es gut, wenn wir ein bisschen Sachlichkeit reinbringen könnten. Ich werde es versuchen. Der Herr Baureferent hat gesagt, erst vor ein paar Jahren ist der Kanal dort erneuert worden. Ich bin jetzt seit 1997 in diesem Haus, war die ersten zwölf Jahre für den Bau zuständig, nach mir ist der Kollege Spöck gewesen, wir können uns nicht erinnern, dass in unserer Zeit der Kanal dort neu gemacht wurde. Waren das „ein paar“ vielleicht Jahrzehnte? Oder habe ich da nicht richtig gehört, als du gesagt hast nur ein paar Jahre, weil ein paar Jahre sind für einen normalen Bürger, das sind fünf, sechs, sieben vielleicht acht Jahre. Wie viele Jahre liegt der Kanal wirklich drinnen?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

2007 sagt der Kollege Hauser.

GEMEINDERAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

2007 ist ja nicht...

Diverse unverständliche Zwischenmeldungen

GEMEINDERAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Zweiter Punkt, es ist gesprochen worden, wir hören auf die Beamten und wir hören auf die Fachleute. Gerade von denen haben wir aber die Aussagen bekommen, und das auch in Ausschüssen, dass sie unbedingt möchten, dass das saniert wird. Dass sie nicht verantworten möchten, dass das jetzt nicht gemacht wird. Das heißt gerade von diesen Experten kommt ganz klar der Hinweis, bitte machen. Was jetzt passiert ist etwas anderes. Die Politik sagt, ich möchte nicht machen. Die Beamten, die Sachverständigen, also die Fachleute, sagen ja es gehört gemacht. Und ich glaube, dass man das hier in diesem Rahmen ganz deutlich sagen muss, weil hier muss die Politik ganz klar sagen, nein ich setze mich über die Expertise hinweg und entscheide anders. Und darum geht es heute und um nichts anderes. Und mich wundert, dass sich da der Baureferent dafür hergibt.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächster zu Wort gemeldet der Kollege Spöck, bitte zum zweiten Mal.

GEMEINDERAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

Sehr geehrter Gemeinderat. Es ist ein bisschen eine Zeit vergangen, ein paar Wortmeldungen waren dazwischen und ein paar Sachen waren für mich auch in der Zwischenzeit auch nachvollziehbar. Wenn der Baureferent mit den Zetteln kommt, wo was liegt, dann wird das so sein und dann glaube ich es einfach einmal. Ich glaube auch, wie er richtigerweise glaube ich gesagt hat, dass diese 400.000 Euro, so wie ich es ursprünglich vermutet habe, wahrscheinlich nicht voll anfallen werden bei der doppelten Baustelle, weil natürlich jetzt nur der Gehsteig saniert wird und da sicher Vorkehrungen getroffen werden können, damit nur die Straße nachher gebaut werden kann. So weit so gut. Ich finde es nur schade, dass diese Diskussion jetzt dermaßen abgeglitten ist, weil eigentlich die Grundsatzfrage war, wollen wir die Sanierung jetzt so machen, wo wir den Gehsteig, den Vorplatz am Grünmarkt beim Neutor machen oder gehen wir in eine weiterführende Baustelle, wo man halt auch die Sanierungen der Leitungen ermöglicht. Und die Leitungen zahlen ja teilweise wir oder die Stadtbetriebe, aber teilweise natürlich auch die Leitungs-

träger, so wie Energie AG, LIWEST, die natürlich auch einen Beitrag leisten könnten, damit die Straße wieder saniert wird bzw. es auch immer gemacht haben in der Vergangenheit. Also, ich möchte schon wieder zurückkommen auf das Thema, zu sagen, trauen wir es uns zu mit der heutigen Abstimmung, dass wir sagen es wird gut gehen und es passt alles, und wir haben längere Zeit Ruhe, damit wir keine nächste Baustelle in den nächsten paar Jahren haben oder trauen wir uns und greifen halt ein bisschen tiefer, ein bisschen viel tiefer in die Tasche hinein und machen das gleich so gescheit, dass wir doch ein paar Jahrzehnte lange Ruhe haben. Nicht nur die Bewohner, die Geschäftsleute, aber auch wir im Gemeinderat, wo wir sagen können, das war einmal eine Geschichte, da haben wir halt was hineininvestiert und wir haben Ruhe. Dass das jetzt leider in verschiedene Richtungen gegangen ist, finde ich schade, aber ich glaube das Grundsatzthema ist das, trauen wir uns oder trauen wir uns nicht.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke.

GEMEINDERAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

Darf ich noch ganz kurz. Hätte ich schon wieder vergessen. Ich möchte nur schnell etwas vom Bauausschuss vorlesen, weil ich denke, das ist doch sehr wichtig. Da sagt der Baudirektor, er weist neuerlich darauf hin: „Dass durch Erschütterungen beim Einbau der Platten die Gefahr der Beschädigung von Leitungen während der Bauarbeiten gegeben ist, wodurch sich die Bauzeit verlängern würde. Schäden an den Leitungen könnten auch im Jahr der Landesausstellung 2021 nicht ausgeschlossen werden. Ein späteres Aufgraben werde aufgrund von insgesamt 30 cm Granit und Beton für die Leitungsträger mit erheblichen Mehrkosten verbunden sein.“ Wobei man sagen muss, Leitungsträger sind wir ja teilweise selber. Dann geht es weiter, „im Anschluss an den Bericht ergibt sich eine Diskussion zwischen Mitgliedern des Bauausschusses zur Frage, ob es tatsächlich sinnvoll sei, die Neugestaltung des Grünmarktes ohne Verlegung der in die Jahre gekommenen Leitungen vorzunehmen. Insbesondere Frau Lindinger und Herr Spöck regen eine nochmalige Prüfung an, ob nicht doch eine Erneuerung der Leitungen sinnvoll sei. Dem erwidert Herr Vizebürgermeister Hauser, dass die Kosten dadurch von rund 400.000 Euro auf 1,3 bis 1,4 Millionen Euro steigen würden und eine Sperre des Grünmarktes von etwa 5 bis 6 Monaten erforderlich sei. Herr Baudirektor Prantl berichtet, dass die Energie AG ebenfalls gerne die Leitungen erneuern würde, ebenso sei die LIWEST mit einem derartigen Ansinnen an die Bauabteilung herangetreten.“ Das heißt, es sind einfach Indizien dafür, dass wir was machen sollten und das war eigentlich der ursprüngliche Antrag auch, wo wir gesagt haben wir müssen vielleicht ein wenig tiefer in die Tasche greifen und das einfach jetzt sanieren. Und nicht auf immer wieder vielleicht in ein paar Jahren und dann noch einmal in ein paar Jahren. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, als nächster zu Wort gemeldet, wo ist meine Liste, hat sich der Kollege Kaufmann, bitte.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Weil mich der Kollege Zöttl angesprochen hat mit dem Schwachsinn bei der Kostenschätzung. Was ich zugeben muss ist, dass da natürlich eine große Unschärfe besteht, weil die Kosten für die jetzt tatsächlich geplanten Maßnahmen, die wurden natürlich exakt berechnet, weil man da genau weiß, was vorgesehen ist. Und unsere zusätzlichen Wünsche wurden natürlich nicht berechnet, obwohl im Bauausschuss die, zwar nicht mehrheitlich, die Notwendigkeit festgestellt wurde, dass man sich das anschauen sollte, aber durchaus plausibel gemacht wurde, das war nicht ganz rausgerissen, wenn wir dort genauer hinschauen würden, was würde denn die sogenannte Generalsanierung kosten. Da haben wir jetzt keine konkreten Zahlen. Ich bin auf die Million einmal jetzt nicht nur über den Daumen gekommen, sondern habe mir angesehen, was wurde bisher so geredet. Und da stand im Raum eine Summe von 1,3 Millionen, die im Liegenschaftsausschuss, glaube

ich, genannt wurde, was das Ganze, was immer das jetzt sein mag, kosten würde. Und im Zusammenhang mit der Einschätzung, wenn wir es jetzt machen müssen und die Leitungen auch wir zahlen, wenn nachher etwas passiert bei einer Leitung, dann müssen das die Leitungsträger bezahlen, ginge ich davon aus, dass damit gemeint war, auch die Leitungen, Leitungssanierung ist in diesen 1,3 Millionen, die da genannt wurden, dabei. Was ich mir aber nicht vorstellen kann, wenn man vernünftig mit den Leitungsträgern redet und die ja auch Interesse daran haben, und das ist jetzt ausreichend dokumentiert, dass das auch eingebracht wurde, dass die wollen, es wäre gescheit, wenn wir das jetzt machen könnten. Das heißt, wir kommen mit diesen Interessentenbeiträgen deutlich unter die 1,3 Millionen insgesamt. Das ist natürlich eine, zum Teil eine Hoffnung, aber das ist in der Wirtschaft halt oft so, dass man am Anfang eines Projektes Dinge schätzen muss und man bemüht sich dann, den Kostenrahmen, den man sich vornimmt, einzuhalten. So ist diese Million zu Stande gekommen. Also es ist ein bisschen etwas anderes als Schwachsinn, obwohl Unschärfen drinnen sind, das muss ich zugeben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, interessant ist, dass niemand die Frage stellt, wodurch diese 1,6 oder die 1,2 Millionen herkommen sollen. Wir haben die nicht budgetiert, wir haben 3 Millionen für alles budgetiert, da haben wir noch viele Dinge gar nicht in Angriff genommen. Aber das sage ich nur am Rande. Als nächstes zu Wort gemeldet der Herr Vizebürgermeister Zöttl, bitte Helmut.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Ich möchte nicht, dass der Eindruck entsteht, dass wir die Fachmeinung nicht schätzen. Ich bin sogar sehr dankbar darüber, dass die Beamten in diesem Haus und auch die Fachabteilungsleiter und alle, die sich mit diesem Thema beschäftigen, ehrliche Auskunft geben und auch auf Gefahren, auf mögliche Gefahren, hinweisen und man auch im Gespräch dann so zu sagen ein bisschen geschärft wird, was möglich ist. Und dem, was mein Vorredner der Herr Stadtrat Mayrhofer gesagt hat, als Baureferent dass ich mich hergebe, ich gebe mich nicht her. Ich versuche das nach bestem Wissen und Gewissen, aber auch in meiner Funktion als Politiker steuerschonend, also geldschonend, und auch in der Verantwortung gegenüber dem Stadtplatz und auch der Wirtschaft gegenüber, ordentlich darzustellen, weil ich glaube, wir müssen hier ein gesamtes Konvolut, ein Gedankenkonvolut zusammenführen, dass die fachliche Sicht, die haben wir gehört, die teilen wir auch teilweise die Bedenken. Wir wissen aber auch, dass gut gearbeitet wird von unserer fachlichen Seite. Es werden beispielsweise bei der Abwicklung der Baustelle keine schweren Maschinen auf die Leitungen, die knapp unter der Oberfläche sind, fahren. Es werden die Materialien hingehoben und nicht hingefahren. Also da wird sicher geschaut, dass da alles vor Ort ordentlich von Statten geht. Und ich glaube wir haben aber auch gegenüber dem Stadtplatz eine Verantwortung. Und wir wissen, dass es schwierige Zeiten sind und dass wir hier den Stadtplatz nicht unnötig auch strapazieren. Und ich glaube, wenn wir das alle in Wirklichkeit wollen, müssen wir auf eine geschickte Lösung hinarbeiten und ich glaube das wird eine geschickte Lösung.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Nächste Rednerin Kollegin Lindinger, bitte Maria.

GEMEINDERÄTIN MARI LINDINGER, MAS, MSC:

Geschätzte Damen und Herren. Was mir noch ein Anliegen ist, ist auf Folgendes hinzuweisen. Wir reden da jetzt immer von dieser Baustelle, die circa ein halbes Jahr dauern wird. Klar, das wird es dauern. Aber wenn wir jetzt schauen am Stadtplatz zum Beispiel, da haben wir die Baustelle jetzt voriges Jahr schon gehabt, wir haben sie heuer wieder. Das ist insgesamt mehr als ein halbes Jahr und man konnte dort zu allen Geschäften und zu allen Häusern eigentlich immer zugehen. Es leben ja Leute am Grünmarkt. Das heißt,

es sind Baustellen schon so zu händeln, dass man den Leuten die Möglichkeit zum Zugehen eröffnet. Das heißt, mit diesem Horrorszenario, dass man da jetzt immer sagt, ein halbes Jahr lange können die Geschäfte praktisch zusperren. Das wird es nicht sein. Natürlich wird es schwieriger, einfach wird es nicht für die Geschäfte, das ist überhaupt keine Frage. Aber ich glaube trotzdem, dass es sinnvoll ist, wenn man jetzt da was Größeres angeht, dass man auch wirklich dann eine gute Lösung macht, so wie die, die man am Stadtplatz ja auch gemacht hat. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nur zur Aufklärung. Am Stadtplatz haben wir vier Monate gearbeitet und die Beschwerden waren da und waren nicht einfach. Der Stadtplatz ist ungefähr sechs Mal so breit wie der Grünmarkt und die Einbußen, es wurde gejamert, wie gesagt 4 Monate. Und die Annahme, dass das am Grünmarkt sechs Monate ausmachen wird, so ein Totalumbau, ist eine sehr optimistische. Ich kann nur sagen, die vier Monate waren glücklicherweise, weil das Wetter so gepasst hat, am Stadtplatz. Weil wenn ein bisschen etwas daherkommt, hat man gleich drei Monate Verzug. Das schaue ich mir an, wenn am Grünmarkt neun Monate oder sieben Monate Großbaustelle ist. Da schlägt eine Bombe ein, wenn man den Grünmarkt aufreißt. Da geht es nicht nur um den Gehsteig, sondern da geht es um den kompletten Platz, das wird aufgerissen, wird alles verlegt. Und da soll dann wer vorbeigehen und sagen, na ich habe doch, ich komme ja ohnehin zum Geschäft hin. Natürlich kommt er zum Geschäft hin, nur wird er trotzdem nicht hingehen. Es ist ein massiver Eingriff. Und der Kollege Zöttl hat es ja gesagt, wir müssen uns in der Politik entscheiden. Die Fachmeinung ist da, gar keine Frage. Wenn wir auf niemanden Rücksicht nehmen müssen sagen wir gut und wenn wir das Geld hätten. Das Budget ist noch die andere Sache, wir tun ja so, wie wenn es vom Himmel fallen würde und alles ohnehin auf der Seite liegt. Wir haben das Geld ja gar nicht. Aber egal. Wir müssen ja die Leute die da Geschäfte machen berücksichtigen. Wenn es nur um die Fachmeinung geht, dann machen wir alles in einem, in einem Aufwaschen, selbstverständlich. Und wenn es ein Jahr dauert ist es auch egal, dann haben wir wieder für hundert Jahre die Leitungen. Das ist nicht richtig. Das alleine kann Politik nicht sein. Weil wenn ich so als Politiker handeln würde, brauche ich die Politik nicht, dann lasse ich den Baudirektor und die Beamten das machen und die sagen, jetzt wird aufgerissen, nach einem Jahr sind alle durch, es sind die Leitungen klasse, habe zwar kein Geschäft mehr, aber es passt. Das geht nicht. Politik heißt auch handeln, heißt Entscheidungen zu treffen, die nicht Schwarz und Weiß sind, sondern ab und zu auch Grau. So, zu Wort gemeldet noch jemand? Der Kollege Zöttl, bitte.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG ZÖTTL, BED:

Ich bin selber Mitglied im Bauausschuss und habe die ganzen Verhandlungen von der Pike auf so zu sagen mitbekommen. Und da möchte ich einmal klarstellen, dass das eine grobe Abschätzung war mit den 1,4 Millionen Euro, hat man vorher gesagt 1,6 Millionen. Das heißt, wir wissen gar nicht, was das wirklich kostet. Und da liegt der Fehler. Das habe ich jetzt bekrittelt, wo ich gesagt habe, das ist ein Schwachsinn. Man kann danach nicht die Löcher offen lassen, wo sie selber auch im Bauausschuss drinnen sind. Wo sie schreiben, bis zu höchstens 1 Million. Jetzt waren sie selber im Bauausschuss drinnen, haben den Baudirektor gehört ...

Unverständliche Wortmeldung von Stadtrat Mag. Kaufmann.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG ZÖTTL, BED:

Okay, danke. Der Kollege hat da vorgelesen vom Bauausschuss. Das ist ein Blödsinn wenn da drinnen steht „bis höchstens“. Und das war auch das, was ein Schwachsinn ist. Ich kann nicht einen Antrag machen wo ich sage bis höchstens 1 Million. Weil dann kann ich die Löcher offen lassen. Dann muss ich das weiter durchziehen. Weil wenn sie vielleicht ein altes Haus saniert haben, weil jeder weiß, der ein altes Haus saniert hat, ich habe leider den Fehler auch einmal gemacht, wer A sagt muss auch B sagen. Man kann jetzt natürlich noch einmal deutlich die Million überschreiten, was sie da hineingeben. Das

ist nur eine Abschätzung. Dann hätten sie schreiben müssen ungefähr 1 Million, nicht höchstens 1 Million. Das wollte ich nur dazu gesagt haben, dass das ein Schwachsinn ist und weiterhin aus meiner Sicht, obwohl sie das erklärt haben. Meine Vorredner, das hat der Herr Bürgermeister eh schon gesagt, man kann die Baustelle von der Flaniermeile nicht vergleichen mit dem Grünmarkt. Das ist das Nadelöhr, da kommt alles rein. Ich weiß schon, dass die Grünen gerne den Stadtplatz, oder auch andere Fraktionen vielleicht, den Stadtplatz autofrei hätten. Aber die ganze Zulieferung, da können wir sagen wir können andere Straßen aufmachen, die Zieglergasse, gibt es eine andere Lösung. Aber das erklären sie einmal den Geschäftsleuten am Grünmarkt, wenn die Baustelle, wie der Herr Bürgermeister auch schon gesagt hat, eine grobe Abschätzung, man weiß nie bei der Baustelle, bei der Sanierung, was tatsächlich daherkommt, wenn das nachher noch länger offen ist und dann schütteln sie nachher denen Händen, den Geschäftsleuten, die zusperren haben können, weil das ein halbes Jahr oder vielleicht sogar noch länger geschlossen war. Ich wünsche ihnen viel Vergnügen.

Applaus

BÜRGERMEISTER GEALD HACKL:

Danke. Als nächstes zu Wort gemeldet die Michaela Frech, bitte Frau Kollegin.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Es steht, denke ich mir, eindeutig in diesem Antrag drinnen „Die grundsätzliche Freigabe von höchstens 1 Million Euro dient als Obergrenze“, das heißt, dass wir hier und heute in diesem Antrag diese Obergrenze mit 1 Million eben dann beschließen würden, sollte es dann mehr ausmachen, müsste es eben zu einem neuen Beschluss kommen. Und ich denke mir, das ist eigentlich relativ klar, das haben wir oft schon gehabt. Das ist eigentlich eine Grundsatzgeschichte wo man sagt, das ist einmal gedeckt und da haben wir das Vertrauen, dass das dann richtig eingesetzt wird, nämlich das Vertrauen in die Beamtinnen und Beamten, in die Fachexperten. Und wenn es dann wirklich mehr sein sollte, muss es wieder in den Gemeinderat. Das haben wir oft, das ist ja, denke ich mir, keine Aufregung. Nur das noch als Ergänzung zu meinem Vorredner. Wenn ich das jetzt als Conclusio hernehme, was ich gehört habe. Faktum ist, und da kann glaube ich niemand widersprechen, Faktum ist, alle im Haus hier, die mit dieser Thematik seitens der Beamtenschaft zu tun haben, haben sich ausgesprochen für eine Erneuerung dieser Leitungen im Zuge der Oberflächenarbeiten jetzt. Das macht einen Unterschied ob ich jetzt sage, wir haben in anderen Stadtteilen auch Leitungen die alt sind, ja, aber dort graben wir jetzt gerade nicht auf. Nur wenn ich das schon alles mache, dann denke ich mir, das macht jeder privat auch bei seinem Haus oder bei seiner Wohnung, wenn ich darauf komme, da ist etwas zu tun, dann mache ich das und nicht warte dann wieder ein paar Monate, grabe dann wieder was auf, lasse mir wieder die Handwerker kommen. Das weiß man aus dem Privatbereich aus, das wird nur teurer, ganz einfach. Faktum ist, kann mir herinnen jemand einen nur nennen, einen einzigen, seitens der Experten im Haus, der gesagt hat, das brauchen wir nicht. Da gibt es keinen. Weil sowohl in der Bauabteilung wie auch in der Bereichsleitung der Zuständigen bei den Stadtbetrieben, die haben sich alle für eine Sanierung ausgesprochen. Das heißt, ich habe genauso mit meiner Fraktion das Vertrauen in diese Experten, die damit zu tun haben, dass es sinnvoll ist, diese Leitungen zu sanieren. Nur die Politik sagt eben jetzt teilweise, leider die Mehrheit habend in diesem Zusammenhang, nein, wir setzen uns über das hinweg. Obwohl wir ganz klar mit den Fakten konfrontiert werden, das ist so. Faktum ist auch, jeder von uns weiß, dass wenn man mehrmals hintereinander wo aufgraben muss, das sehr viel teurer kommt. Und dass das nur eine Frage der Zeit ist, muss auch jedem klar sein, bei Leitungen die mehr als ein halbes Jahrhundert alt sind. Wenn wir Glück haben passiert die nächsten zwei Jahre nichts, aber wollen wir uns nur auf das Glück verlassen? Das Glück ist bekanntermaßen ein Vogerl und fliegt schnell auch wieder weg. Also auf Glück würde ich mich als Politiker wirklich nicht verlassen, sondern auf Fakten. Und ich finde es ist auch dem Steu-

erzähler wirklich nicht zumutbar, dass man hier dann doppelt zahlt. Jetzt mehrere hunderttausend Euro und dann in ein paar Jahren wieder und die Sperre haben wir dann sowieso. Und ich sage gerade bei der Landesausstellung, glaube ich, können wir es am wenigsten gebrauchen und auch sonst nicht. Das heißt es gibt eigentlich aus meiner Sicht wirklich keinen Grund, dass man nicht jetzt die Zeichen der Zeit erkennt und diese Sanierung macht. Eine Frage habe ich am Schluss noch, die hat sich mir nicht beantwortet. Nämlich, es ist jetzt so oft gesagt worden, wir können es den Bewohnern nicht zumuten, dass da die Sperre dann so lange ist, aufgrund der Grabungsarbeiten. Es gibt da draußen gerade eine Baustelle und zwar wo die Pflasterung gemacht wird im Bereich Segafredo. Da ist kein Problem einer Sperre oder so. Mich würde interessieren, die Leitungen, die zwischen Leopoldibrunnen sind und Segafredo, werden die jetzt auch saniert oder nicht? Und wenn ja, warum werden sie nicht saniert, sind die genauso alt? Weil wenn man da jetzt gerade aufgräbt, müsste man das ja auch wahrscheinlich tun.

Allgemeine Unruhe

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Es sind ja eine Fülle von Behauptungen da aufgestellt worden, gerade was die Fachleute betrifft, wer was meint und wie was zu interpretieren ist. Ich glaube es ist Zeit, dass der Liegenschaftsreferent einmal aus seiner Sicht sagt, was dazu zu sagen ist. Bitte, Kollege Hauser.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich hoffe, ich habe mir alles ein bisschen gemerkt. Ich habe mir vorher Notizen gemacht. Aber mit was ich gleich einmal aufräumen möchte ist, dass angeblich nicht informiert wurde. Also, gelinde gesagt muss ich mich zurückhalten dass ich nicht behaupte, das ist eine Frechheit. Denn es hat im Jänner eine Anfrage gegeben, die beantwortet wurde von mir persönlich. Es hat eine Anfrage gegeben, die gelautet hat, nur damit ich mich da jetzt nicht vertue.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Im Gemeinderat?

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Im Gemeinderat. „Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wie in den Medien berichtet, wird angeblich beabsichtigt, den Grünmarkt nicht entsprechend dem Stand der Technik und in den Anforderungen als zeitgemäß des Geschäftslebens und der bevorstehenden Landesausstellung zu gestalten, sondern es wird eine sogenannte „Billiglösung“ vorbereitet.“ Und da sind zig Fragen vorbereitet worden. Und ich möchte jetzt nicht da anfangen so zu sagen, ich möchte jetzt fast sagen lehrerhaft, entschuldigt den Ausdruck, aber euch noch einmal vorzulesen, was ich damals gesagt habe, aber ich möchte schon ein paar Sachen zitieren, die hier behauptet wurden, dass keiner etwas weiß davon. Zum Beispiel SBS, Wasser Baujahr 1976, ich weiß nicht, wer das nicht verstanden hat, 1976. Ich habe da nichts verheimlicht, genau das, was in dem E-Mail drinnen steht, was die Frau Kollegin Frech jetzt angeblich ausgegraben hat. Weil das war nämlich die Information für diese Anfragebeantwortung. Lebensdauer 40 bis 60 Jahre, Material Gussrohre, Prognose über die Haltbarkeit ist nicht möglich, Leitungen werden regelmäßig kontrolliert. Was habt ihr nicht gewusst? Was hat wer nicht gewusst? Gas, haargenau dasselbe. Kanal 2007 mit „Inlining“ saniert, alles habe ich gesagt. Keine einzige Geschichte, die nicht informiert wurde. Die gesamte Anfrage wurde bis aufs Letzte beantwortet. Ich verstehe also nicht, wie wer behaupten kann, dass er nichts gewusst hat oder dass er nicht informiert worden ist, nicht richtig informiert.

Unverständliche Zwischenmeldungen

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Nein, das ist nichts zu....

Unverständliche Zwischenmeldungen

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Tatsachenberichtigung, ja bitte.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Kollege Hauser, geschätzter Herr Vizebürgermeister. Selbstverständlich kenne ich deine Anfragebeantwortung. Nur es macht einen Unterschied, ob ich hier heraußen ein paar Jahreszahlen oder ein paar Zahlen sage über Lebensdauer, ob ich dann ein E-Mail vor mir habe seitens der Beamtschaft mit welcher Dringlichkeit die auf etwas hinweisen. Und ich habe ein paar Sätze von einem weiteren E-Mail nicht mehr verlesen, einfach nur weil ich die zuständigen Beamten oder den zuständigen Beamten schützen möchte, weil ich nicht möchte, dass der Probleme bekommt, lieber Kollege. Ich sage nur eines, wenn das alles ohnedies so harmlos ist, warum gibt man dann diesen Mailverkehr nicht in den Akt hinein, damit sich jeder ein Bild machen kann. Warum tut man das nicht? Warum sagt mir der Mag. Hochgatterer als Geschäftsführer der Stadtbetriebe: „Ich kann ihnen dieses Schreiben nicht geben, da mögen sie sich bitte mit der Magistratsdirektion in Verbindung setzen.“ Dann ist das schon etwas anderes anscheinend als die Anfrage im Gemeinderat, die öffentlich war. Dann ist das so öffentlich, dass ich das nicht einmal bekommen darf als Aufsichtsratsvorsitzende. Also, wo sind wir denn.

Allgemeine Unruhe

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Entschuldigung, als Mitglied, als Mitglied des Aufsichtsrates. Nicht als Vorsitzende, ein „Feudscher Versprecher“.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Du wärest vielleicht gerne Vorsitzende.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Nein, ich muss ihnen ganz ehrlich sagen, in dieser Situation möchte ich das wirklich nicht sein. Also,...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Ist jetzt die Berichtigung erledigt?

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Die Berichtigung lautet, diese Information, dieses Schreiben hatten wir nicht als Gemeinderatsmitglieder vorher. Die wurde auch nicht in einer Anfrage behandelt und deshalb zur Berichtigung, das was der Kollege Hauser behauptet hat, stimmt schlichtweg so nicht, das sind andere Fakten.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Was steht da drinnen?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Nein, wir beenden das einmal. Eine Tatsachenberichtigung zu einem E-Mail hast du jetzt gebracht, das nehmen wir zur Kenntnis. Nur das E-Mail wurde nicht diskutiert, der Kollege Hauser hat die Fakten von den Stadtbetrieben vorgelesen, die hier im Gemeinderat berichtet wurden. Hat ja nicht das E-Mail, das du in der Hand hast, über das berichtet. Aber die Zahlen und die Fakten decken sich. Und wir haben nie irgendwo etwas verheimlichen müssen und wozu denn auch, wenn wir alles beantworten im Gemeinderat. Du willst da

irgendeine Geschichte konstruieren und das Mail und irgendwen schützen. Du brauchst niemanden schützen, du kannst alles vorlesen, wir haben jetzt eh schon drei Stunden über dasselbe geredet. Das E-Mail ist bekannt, die Fakten sind bekannt und wurden hier im Gemeinderat berichtet. Und die Problematik ist auch bekannt, über die reden wir jetzt seit einer dreiviertel Stunde, da gibt es unterschiedliche Auffassungen, wie man ein Problem angeht und löst. Das ist das Thema. Aber zu sagen, wir haben was in Endeffekt und warum du vom Kollegen Hochgatterer, SBS, das E-Mail oder die Information nicht bekommen hast, das weiß ich nicht, musst du ihn selber fragen. Zu verheimlichen haben wir in diesem Hause zum Glück gar nichts, keine Zeile.

Unverständliche Zwischenmeldung von Gemeinderätin MMag. Michaela Frech.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Keine Zeile. So bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ich habe alles vorgelesen, wann die Bauzeiten, wann die Baujahre sind, ich habe allen gesagt, dass eine Prognose nicht möglich ist, ich habe allen gesagt, dass permanent kontrolliert wird und dass es eine Risikoabschätzung nicht gibt, auch das steht hier drinnen. Also es braucht jeder nur erstens zuhören, zweitens lesen. Als nächstes ist es unter anderem darum gegangen, dass ich das Gefühl habe, dass wieder versucht wird, also Angstmacherei zu betreiben. Und wir haben das ja nicht das erste Mal. Also, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich bin schon eine Zeit im Gemeinderat und ich erinnere mich zurück wie also Schlagzeilen gelaufen haben vor 10, 12 Jahren „Der Stadtplatz stirbt“, er lebt heute noch. Und dass in vielen Bereichen geunnt wird, was nicht alles umsonst kaputt geht. Aber komischerweise alle, die sich für die Geschäfte einsetzen, sind jetzt nicht dafür, dass sie sich für die Geschäfte einsetzen, jetzt sind sie nämlich plötzlich dafür, dass die Straße saniert wird, dass dort ja keiner mehr fahren kann, möglichst lange nicht fahren kann, weil dann wird das Geschäft besser. Das ist also für mich ein Schluss in einer Schlussrechnung, den ich nicht verstehe. Vielleicht kann mir den irgendwer beibringen einmal in der Zukunft. Weil in der Berichterstattung ist es letztlich auch so gelaufen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat. Wir haben einen Zeitungsartikel gesehen, da ist darüber gestanden „Wir wählen Pest oder Cholera“. Geredet worden ist mit ein paar Hausbesitzern und mit ein paar Bewohnern, mit keinem einzigen Geschäftsmann oder keiner einzigen Geschäftsfrau. Wie wir aber da herinnen gesessen sind, und der Herr Vizebürgermeister Dr. Zöttl und der Bürgermeister Gerald Hackl können das bestätigen, wie wir die Leute dort informiert haben und da hat nur einer gesagt: „Geh stellen wir dort ein Radar auf“ hat eine Geschäftsfrau sofort gesagt: „Ja wollt ihr leicht haben, dass da keiner mehr auf den Grünmarkt herein fährt, dann haben wir gar kein Geschäft mehr.“ Also nur damit man sieht, wie die Reaktionen unterschiedlich sind, je nachdem wie die Betroffenheit der Leute ist. Und ich hätte ganz gerne schon, dass wenn man Berichte erstattet, dass man auch alle befragt und nicht nur ein bestimmtes Klientel, wo das herauskommt, was man gerne hören möchte oder was man gerne berichten möchte, wie auch immer man das sehen möge. Und ich sage überhaupt nicht, dass nicht das eine oder andere passieren kann, aber unsere Bauabteilung die geht also sehr sorgsam vor. Die hat die Bauweise abgesprochen, es wird auf den Gehsteigen überall gepflastert und weder gerüttelt noch sonst irgendwas gemacht. Es wird gepflastert, da wird mit einem kleinen Hammer gehaut, ich weiß zwar, dass unseren Bürgermeister dieses Hammerln schon aufregt, weil er immer gerne hätte, dass es großflächiger passiert und die kleinen Steine versetzt werden müssen. Nur es ist auf der einen Seite eine schonende Bauweise. Und das Zweite ist, dass wir sechs Wochen Sperre haben alleine für das kleine Platzerl vor dem Museum. Und wenn mir dann wer erzählt, dass er das nicht hochrechnen kann, was der ganze Grünmarkt für eine Sperre ist, dann weiß ich nicht, ganz einfach. Wir haben gesehen, dass in den ersten paar Wochen, wie am Stadtplatz voriges Jahr angefangen worden ist zu graben und zu machen, wir plötzlich drei Wochen Verzögerung gehabt haben. Weil eigentlich war nämlich geplant, dass wir voriges Jahr fertig werden.

Jetzt haben wir ein wunderschönes Wetter gehabt und haben es nicht zusammengebracht. Geschweige denn was passiert, wenn also die Witterung erst schlecht ist. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, der Herr Bürgermeister hat es zuerst schon erwähnt, er hat mir das leider Gottes weggenommen, möchte ich fast sagen, aber eines möchte ich schon noch dazu sagen. Grünmarkt und Stadtplatz hängen zusammen. Und wenn der Grünmarkt nicht befahrbar ist, hat das auch Auswirkungen auf den Stadtplatz. Und ich möchte euch nur sagen, in sechs Wochen, wo wir Sperre haben, fährt kein Autobus auf den Stadtplatz. Wenn wir den sechs Monate sperren, haben wir sechs Monate keinen Autobus am Stadtplatz. Wir wissen schon, dass man den Zulieferverkehr durchführen kann durch die Pfarrgasse, wieder in einer Ampelregelung. Wir wissen auch, dass wir in diesen Bereichen die Zufahrten für die PKW's und so über die Zieglergasse machen können. Wir wissen auch, dass wir Behinderte, Einsatzfahrzeuge und Taxi's über die Pfarrgasse fahren lassen können und wieder hinaus. Aber das ist alles ein Rückschritt und dass wir sagen, das soll in der Zukunft jetzt ein halbes Jahr, ein dreiviertel Jahr jetzt so passieren. Ich glaube ganz einfach dass es notwendig ist, Entscheidungen auch mit gewisser Vernunft zu fällen. Und ich denke mir ganz einfach, ich bin zwar jetzt nicht derjenige, der sich gerne einen Mantel umhängt und auch der Vizebürgermeister Dr. Zöttl wird sich das nicht unbedingt umhängen müssen und so, aber dass wir uns plötzlich das Mäntelchen für die Wirtschaft umhängen, wo wir vorher immer so zu sagen mehr oder weniger von den anderen diskreditiert wurden, dass wir uns um die nicht kümmern, das wundert mich schon. Und wenn dann die ganze Zeit es dazu kommt, dass man jedes Mal, wenn man Wirtschaft am Stadtplatz oder Wirtschaft am Grünmarkt erwähnt, gleich das Wort „Hey“ gerufen wird, dann denke ich mir ganz einfach, werden wir sehen, wie sich alles entwickelt, ob da nicht die einen oder anderen noch Lügen gestraft werden. Weil grundsätzlich, alle Entscheidungen, wo ich bisher mitgewirkt habe, möchte ich für mich in Anspruch nehmen war das Bestreben, dass es für Steyr gut ist und für Steyr besser wird. Und nicht ein einziges Mal habe ich im Sinn gehabt, dass etwas schlechter wird. Und ich denke mir, auch diese Entscheidung, die wir jetzt natürlich in der politischen Verantwortung fällen, geht es darum, dass wir für die Allgemeinheit schauen und die Allgemeinheit sind wir alle, alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Und dass wir hier einen möglichst vernünftigen Kompromiss schaffen, ohne damit einzugehen, dass man irgendeine Garantie abgeben kann, dass es auf die nächsten 20, 30 Jahre hält. In diesem Sinne ersuche ich die Anträge zur Abstimmung zu bringen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, es war ein schönes Schlusswort denke ich und auch ein sehr stimmiges. Trotzdem einen Satz noch von mir dazu. Es war wirklich jahrelang so, zumindest hat die ÖVP in Steyr das so gemeint, dass wir die Schutzmantelmadonna der Innenstadtleute sind, jetzt fällt dieses Privileg der SPÖ und der FPÖ zu, wir nehmen das gerne so in Anspruch. Wir kommen zur Abstimmung. Wir kommen zur Abstimmung zuerst über den Hauptantrag. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Hauptantrag. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Somit wurde der Hauptantrag mit breiter Mehrheit angenommen.

Die Abstimmung über den **Hauptantrag** erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **24**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, MA, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas

Kaliba, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 9 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **4**

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Stimmenthaltungen: **5**

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zusatzanträge noch abstimmen? Wir stimmen über den ersten Zusatzantrag der Grünen ab. Also eingebracht von den Grünen. Wer für den Zusatzantrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Der Zusatzantrag der Grünen wurde mit klarer Mehrheit abgelehnt.

Die Abstimmung über den **1. Zusatzantrag der Grünen** erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **abgelehnt**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **5**

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **23**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, MA, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 9 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Stimmenthaltungen: **5**

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir kommen zur Beschlussfassung über den Zusatzantrag von ÖVP-Bürgerforum. Wer ist für diesen Zusatzantrag?

Unverständliche Zwischenmeldung „Und Grüne“

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Und Grüne. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Dieser Zusatzantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Abstimmung über den **2. Zusatzantrag von ÖVP-Bürgerforum und Grünen** erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde wie folgt **abgelehnt**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **10**

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **23**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, MA, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 9 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich bedanke mich. Du bist somit am Ende deiner Berichterstattung, hat lange gedauert, du hast ausgeharrt, Stehvermögen bewiesen. Als nächster Berichterstatter der Herr Vizebürgermeister Dr. Zöttl, bitte Helmut.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

14) BauStrP-2/19 Asphaltierungsprogramm 2019.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren, in meinen Antrag geht es nicht um den Oberösterreichischen ÖVP- Landtagsclub Asphaltierungsprogramm 2019, sondern um Straßensanierung. Wir haben vor, 2019 einige Straßen zu sanieren. Die Mittelstraße, die Arbeiterstraße, Steinwändweg, Gehsteige in der Schweigerstraße, Sanierung der Hochstraße inklusive der dazugehörigen Kanalbauten. Absenkungen von den Gehsteigen, in der Bahnhofstra-

ße werden die Gehsteige saniert. Die Fräsarbeiten werden stattfinden, gleichzeitig auch die Straßenbeleuchtungen und das Ganze unterteilt sich in diese vier Hauptgruppen. Hauptgruppe 1 ist der Straßenbau, Hauptgruppe 2 Kanalbau, Hauptgruppe 3 ist die Straßenerhaltung und die Straßenbeleuchtung ist die Gruppe 4. In Summe sind dafür 798.535,20 Euro aufzuwenden und da ersuche ich um Freigabe dieser Mittel.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hoch- und Tiefbau, vom 22. Februar 2019 wird dem Anbot der ARGE Lang & Menhofer BauGmbH., Wolfenstraße 17 d, 4400 Steyr und Held & Francke Bau GmbH., Kotzinastraße 4, 4030 Linz, der Zuschlag erteilt und der Auftrag in Höhe von **insgesamt EUR 689.069,41 exkl. USt. (EUR 826.883,29 inkl. USt.)** vergeben.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt EUR 798.535,20 (Summe aus Tabellen realistischer Mittelbedarf siehe Amtsbericht und unten stehender Tabelle) werden wie folgt freigegeben:

<i>Realistischer Mittelbedarf</i>	<i>Preis EUR exkl. USt.</i>	<i>Preis EUR inkl. USt.</i>	<i>VSt.</i>	<i>Bemerkung</i>
Hauptgruppe 1 Straßenbau		464.997,27	5/612000/002000	Gemeindestraßen Straßenbauten
Hauptgruppe 2 Kanalbau	138.019,46		5/851000/004000	Ausbau weiterer Kanäle
Hauptgruppe 3 Straßenerhaltung		141.195,08	5/612000/002000	Gemeindestraßen Straßenbauten
Hauptgruppe 4 Straßenbeleuchtung		54.323,39	5/816000/050000	Öffentliche Beleuchtung und öffentliche Uhren Sonderanlagen
Summe realistischer Mittelbedarf siehe Amtsbericht			EUR 798.535,20	

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 387.497,73 exkl. USt. (EUR 464.997,27 inkl. USt.) werden bei der VA-Stelle 5/612000/002000 „Gemeindestraßen Straßenbauten“ freigegeben.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 138.019,45 exkl. USt. (EUR 165.623,34 inkl. USt.) werden bei der VA-Stelle 5/851000/004000 „Ausbau weiterer Kanäle“ freigegeben.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 117.662,57 exkl. USt. (EUR 141.195,08 inkl. USt.) werden im Wege einer Kreditüberschreitung, gedeckt durch Einnahmen bei Fräsarbeiten, bei der VA-Stelle 5/612000/002000 „Gemeindestraßen Straßenbauten“ freigegeben.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 45.269,49 exkl. USt. (EUR 54.323,39 inkl. USt.) werden bei der VA-Stelle 5/816000/050000 „Öffentliche Beleuchtung und öffentliche Uhren Sonderanlagen“ freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist **für den realistischen Mittelbedarf** eine Darlehensaufnahme in Höhe von EUR **798.535,20** (siehe Tabelle oben) notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ein stolzer Betrag. Wünscht dazu jemand das Wort? Ich sehe das ist nicht der Fall. Wir kommen somit zu Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Schlusswort, geht es noch?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gerne freilich.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Natürlich ereilen mich immer wieder Anrufe, E-Mails und dergleichen in Steyr, dass viele Straßen kaputt sind. Ich muss sagen, ich muss den Anrufern leider Recht geben und ich kann immer nur eines sagen, es liegt leider auch an den Finanzmitteln, dass es halt sehr schwierig ist, diese aufzutreiben, dass man alles machen kann. Wir sind bemüht, werde mich auch im Herbst bei den Budgetverhandlungen wieder bemühen, dass ich dem Herrn Bürgermeister den einen oder anderen Euro herauslocken kann, damit mehr Straßen saniert werden können. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Kann mich dem nur anschließen. Ich bemühe mich auch sehr und bemühe mich auch weiter. Wir kommen zur Abstimmung über das Asphaltierungsprogramm 2019. Wer dafür ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **3**

GRⁱⁿ Rosa Hieß

GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH)

GR Mag. Kurt Prack

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bedanke mich recht herzlich für die Berichterstattung und darf als nächsten Berichterstatter den Stadtrat Gunter Mayrhofer ersuchen, bitte Gunter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

15) Schu-19/18 Berufsschulen Schulerhaltungsbeiträge.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. In meinem Antrag geht es um Kostenbeitrag für die Berufsschulen, die wir als Schulerhalter bezahlen müssen. Es sind 85.095 Euro für das Rechnungsjahr 2019 vorgesehen. Die Auszahlungen erfolgen in zwei Raten zu jeweils 42.547,50 Euro und zwar im ersten und zweiten Quartal 2019. Ich ersuche um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 11. Jänner 2019, werden für die Bezahlung der 1. und 2. Rate des Einrichtungsaufwandes für berufs- bildende Pflichtschulen Mittel im Ausmaß von

€ 85.095,-- bei der VSt. 5/220000/771000

für das Rechnungsjahr 2019 freigegeben.

Die Auszahlung erfolgt in zwei gleichen Raten von je € 42.547,50 im ersten und zweiten Quartal 2019.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 85.095,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, somit ist dieser Antrag einstimmig angenommen. Ich bedanke mich dafür und darf als nächsten Berichterstatter den Stadtrat Dr. Ritter ersuchen, bitte Herr Dr. Ritter.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **3**

GRⁱⁿ Rosa Hieß

GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH)

GR Mag. Kurt Prack

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich bedanke mich dafür und darf als nächsten Berichterstatter den Stadtrat Dr. Ritter ersuchen, bitte Herr Dr. Ritter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MEDR DR. MARIO RITTER:

16) Fin-234/07 Tourismusverband Steyr – Jahresförderung 2019.

STADTRAT MEDR DR. MARIO RITTER:

Meine Damen und Herren, bevor ich zu meinen zwei Punkten komme ein ganz kurzes Vorwort noch oder noch ein Wort zur Ausführung von Mag. Frech zum WC. Entschuldigen sie bitte Herr Bürgermeister, ich möchte es ganz kurz nur erwähnen. Das WC so zu gestalten, dass es künstlerischen Touch hat oder es vielleicht so ein bisschen aufzuwerten, das finde ich wirklich falsch. Ich glaube ein, es ist neben der Erhöhung der Kosten auch, es trägt eines in sich, dass ein Hundertwasser oder ein Gaudi-WC sicherlich auch zu einer erhöhten Verweildauer im WC führt und sie können sich ja vorstellen, was das für eine Schlange ist, die stehen bis zum Leopoldibrunnen, wegen der Verweildauer. Und ich glaube ja, und da gehe ich jetzt auch darauf ein damit und ich sage nur 50 Cent für ein WC ist nicht, ist in einer Ausstellung ein bisschen mehr wert. Zu meinen Tages...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bitteschön ja.

STADTRAT MR. DR. MARIO RITTER:

Zur Tagesordnung, danke. Mein erster Punkt ist die Jahresförderung Tourismusverband. Sie wissen alle, dass die Förderung reduziert wurde von 139.000 Euro auf 50.000 Euro. Es entsteht ein gewisses Delta, ich hoffe dass, und ich bin überzeugt, dass das Geld, die 50.000 Euro, notwendig ist für die Aufrechterhaltung der Aktionen des Tourismusverbandes. Ich habe auch die Bitte, dass die 80.000 Euro, die als Delta übrig bleiben, dass die

zweckgebunden auch für den Nutzen des Verbandes, vielleicht auch in späterer Zeit, wenn man jetzt an die Landesausstellung denkt, dass es doch in Steyr investiert wird und damit auch nur Steyr Nutzen bringt. Ich bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 4. Jänner 2019 wird dem Tourismusverband Steyr, eine einmalige, außerordentliche Förderung in Höhe von EUR 50.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

EUR 50.000,--

aus der VASSt. 1/771000/757000 (Finanzjahr 2019) freigegeben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, darf vielleicht da auch noch ergänzen. Diese 50.000 Euro, die hier vorgesehen sind, die werden Eins zu Eins in den Stadttourismusausschuss, wie immer wir das in Zukunft bezeichnen wollen, fließen. Diese Summe wird noch ergänzt von zusätzlichen Interessenbeiträgen, die durch dieses neue Tourismusgesetz ja dann auch hinzufließen. Wir werden in Steyr für die reinen Aktivitäten, was Steyr anbelangt im Tourismus, mindestens die 130.000 Euro haben, die wir vorher schon gehabt haben und zusätzlich noch die Möglichkeiten, die sich über eine große Verbandskonstruktion ergeben, dass wir viele Dinge dann ohnehin dort unterbringen. Also ich glaube, das ist wirklich der große Vorteil im Endeffekt von dieser neuen großen Konstruktion. Ob das in Summe am Schluss dann ein Erfolg sein wird, das wird sich erst weisen. Das wollte ich noch dazugesagt haben. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmhaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1
GR Mag. Kurt Prack

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Bitte der nächste und zweite Punkt.

17) Pol-42/19 Aufhebung der Markttarifordnung 2001 der Stadt Steyr.

STADTRAT MEDR DR. MARIO RITTER:

Es geht um eine Markttarifordnung die seit 2001 besteht. Wir wissen ganz genau, jeder Marktlieferant hat seinen kleinen Obolus zu bringen. Er ist zwar wirklich ein homöopathisch kleiner, aber dennoch ist es, ist er da. Und ich glaube, dass die Aufhebung dieses Tarifes sicherlich zum Vorteil für die Marktlieferanten sich auswirken kann und sich auch auswirken wird. Wir sind auch davon überzeugt, dass der Markt als Belebung des Stadtplatzes wichtig ist. Und deshalb ist es, glaube ich, ein kleiner aber ein wichtiger Schritt für eine weitere Belebung oder für die Existenz des Marktes. Ich bitte um Zustimmung zur Aufhebung der Markttarifordnung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichts der Fachabteilung für Bezirksverwaltungsangelegenheiten vom 9. März 2019 wird die Markttarifordnung 2001 (Beschluss des Gemeinderats der Stadt Steyr vom 22. März 2001 über die privatrechtlichen Entgelte für die Benützung der Markteinrichtungen) mit 1. Mai 2019 aufgehoben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, mir liegt keine Wortmeldung vor. Ich glaube es ist wirklich ein sehr, sehr gutes Signal der Stadt Steyr an alle, die hier am Marktgeschehen Interesse haben. Ich hoffe und bin sehr zuversichtlich, dass dadurch, dass wir dieses Signal nach außen senden, keine Tarife mehr einzuheben, dass sich mehrere zusätzliche Marktfieranten finden werden aus der Region, die dann im Endeffekt diesen wunderschönen Stadtplatz, die Innenstadt dazu nützen, um ihre Waren anzubieten. Es ist ja auch im Sinne der regionalen Kooperationen wo man sagt, wir wachsen zusammen, es gibt eine Stadtregion, hier ist die große Bühne, hier können die regionalen Produkte verkauft werden. Wie gesagt es geht um 25.000 Euro auf die wir verzichten im Jahr, das ist gar keine so kleine Summe, aber das Signal ist ein viel, viel größeres. Wer verkaufen will aus der Region, der kann das hier am Stadtplatz in der Innenstadt am besten tun. Ich glaube wirklich ein guter und wichtiger Schritt, über den wir uns, wie wir sehen werden, alle einig sind. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **1**
GR Mag. Kurt Prack

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bedanke mich dafür, bedanke mich für die Berichterstattung und darf als letzten Referent den Dr. Michael Schodermayr ersuchen zu berichten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

18) Fin-228/18 APS Steyr – Investitionskostenzuschuss 2019.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Sehr geehrte Gäste, geschätzte Vertretung und Vertreter der Presse, liebe Kolleginnen und Kollegen aus Gemeinderat und Stadtsenat, hohe Beamtschaft, geschätztes Präsidium. In meinem Antrag geht es um den Investitionszuschuss 2019 für die Alten- und Pflegeheime in Steyr. Der Betrag von 761.300 Euro ist im Budget vorgesehen und ich bitte um Freigabe. Die Abrufung der Mittel geschieht natürlich je nach Bedarf im erforderlichen Ausmaß. Der Betrag ist heuer etwas höher, ich glaube ich habe es hier herinnen schon einmal ausgeführt, weil wir in der Küche heftige Erneuerungen durchführen müssen. Besonders im Bereich der Speisenerwärmung, es muss umgestellt werden, weil das alte System schlicht und ergreifend am Ende ist. Und wir stellen unser Induktionssystem um auf Heißluft und das erfordert in diesem Sinne hohe Mittel. Ich bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Liquiditätssicherung der Alten- und Pflegeheime Steyr werden die im Budget 2019 vorgesehenen Mittel für Investitionen bei der Voranschlagstelle 5/899000/779000 in der Höhe von € 761.300,-- freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 761.300,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Grundsätzlich hat die Auszahlung nur im für die Liquidität erforderlichen Ausmaß, in Abstimmung mit dem Geschäftsbereich für Finanzen, zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, die Mittel sind im Budget vorgesehen, wir haben gewusst, dass da eine Großinvestition auf uns zukommt, wir haben sie lange hinausgeschoben, jetzt machen wir es, um wieder auf den letzten Stand zu kommen. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag, Entschuldigung. Eine Enthaltung vom Kollegen Freisais. Damit wurde der Antrag nur mit einer Enthaltung und breiter Mehrheit angenommen. Bedanke mich dafür.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **32**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, MA, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 9 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Stimmenthaltungen: **1**

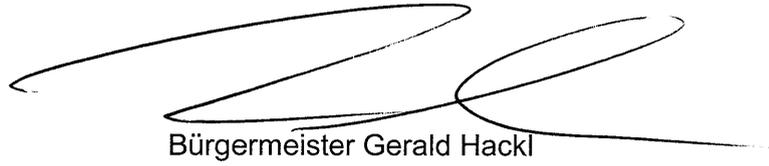
NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir sind am Ende der Tagesordnung angelangt. Bedanke mich für die Diskussionsbeiträge und schliesse die Gemeinderatssitzung.

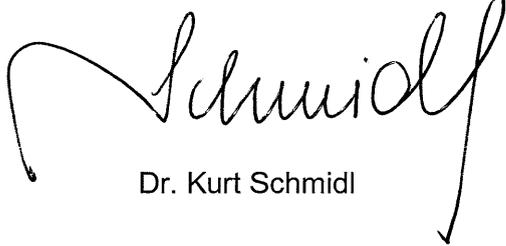
ENDE DER SITZUNG UM 15.37 UHR.

DER VORSITZENDE:



Bürgermeister Gerald Hackl

DIE PROTOKOLLFÜHRER:



Dr. Kurt Schmidl



Michaela Minixhofer

DIE PROTOKOLLPRÜFER:



GR Thomas Kaliba



GR Pit Freisais